

Holzarbeiter-Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich.
Abonnementspreis M. 1.— pro Quartal.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.
Post-Nr.: 3220.

Verantwortlich für die Redaktion: A. Rüste, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigentheil: S. Stubbe, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg-Eimsbüttel, Bismarckstr. 10.

Inserate f. d. viergespalt. Petitzeile od. deren Raum 30 A.
Bergütungs-Anzeigen 15 A, Versammlungs-
Anzeigen und Stellenvermittlungen 10 A pro Petitzeile.
Beilagen nach Uebereinkunft.

Inhalt: Rückblick in's alte, Ausblick in's neue Jahr. — Massenarmuth und Armenweien. — Von der preussischen Gewerbeinspektion. — Sozialpolitische Rundschau. — Deutscher Holzarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. — Verbands-Nachrichten. — Korrespondenzen. — Eingekandt. — Verband deutscher Korbmacher: Korrespondenzen. — Streiks und Lohnbewegungen. — Gewerkschaftliches. — Gerichts-Chronik. — Technisches. Der Urwald im Böhmerwald. — Literarisches. — Briefkasten. — Versammlungs-Anzeiger. — Anzeigen.

Lohnbewegung.

In folgenden Orten und Gewerben befinden sich die Arbeiter mit ihren Arbeitgebern in Differenzen: Tischler in Kassel (Werkstätte von Deste), Grabow a. O. (Mubow & Walter), in Altenburg, S.-A. (Firma Frenzel & Winter), in Gemelungen (Werkstätte von Brandt); Säreiner in Zürich I (Fabrik Wertzluft); Tischler und Glaser in Zürich, St. Gallen und Winterthur (Schweiz); Stockdrechsler in Wien; Korbmacher in Frohse bei Schönebeck (Werkstätte von Schröder); Korbgeflehtarbeiter in Berlin; Bürstenmacher in Schwab i. Wiesenthal (Fabrik Gasserschmid).

Wir erwarten aus vorstehenden Orten mindestens alle zwei Wochen eine Mittheilung über den Stand des Streiks oder die Aussperrung; im anderen Falle freichen wir die Orte ohne Weiteres. Die Red.

Rückblick in's alte, Ausblick in's neue Jahr.

Wenn diese Nummer in die Hände unserer Leser gelangt sein wird, sind wir dem Zeitpunkte nahe, wo das alte Jahr uns den Scheidegruß sendet und das neue Jahr aus den Fluthen des Morgenroths aufsteigt.

Wo stehen wir am Schlusse des Jahres, sind unsere Hoffnungen, unsere Wünsche in Erfüllung gegangen? Hat das vergangene Jahr unser Verlangen nach besserer, menschenwürdigerer Existenz befriedigt, sind Nummer, Sorgen und Glend von uns genommen worden? Nein! Wir sind wiederum in unseren Hoffnungen getäuscht worden. Die Arbeitslosigkeit war in den Wintermonaten zu Anfang des Jahres eine sehr große. Wenn auch im Sommer hindurch Arbeitsgelegenheit vorhanden war, so macht sich aber das den Arbeitern Angst und Grauen einflößende Gespenst der Arbeitslosigkeit seit Wochen wieder äußerst fühlbar; wann es besser wird, ist nicht abzusehen. Das alte Jahr war, wie das vorhergehende, ein Jahr des Kampfes, speziell für unsere Organisation. Eine Reihe Kämpfe, zum Theil recht bedeutende, sind geführt worden. Die meisten Kämpfe waren Abwehrstreiks und erstreckten sich mit wenigen Ausnahmen nur über einzelne Werkstätten. Die Bürstenmacher lagen in Fehde mit ihren Arbeitgebern in Münster, Hamburg (wiederholt bei Steidtmann & Nagel), Offenburg, Freiburg i. B., Nürnberg und in Berlin. Von größerer Bedeutung waren die Streiks in Berlin und Nürnberg, die auch mit einem, wenn auch geringem Erfolge beendet wurden. Sind die Kollegen in Berlin auch noch in vier Werkstätten ausständig, so ist doch Hoffnung vorhanden, daß der Ausstand zu ihren Gunsten ausfallen wird. Der Ausstand in Offenburg wurde durch Vermittelung des Herrn Fabrikinspektors für unsere Kollegen günstig beigelegt.

Die Drechsler befanden sich mit ihren Arbeitgebern im Kampfe in Garzburg, Lauterberg (dreimal mit den Firmen Gillegeist, Galtenhof & Feidler), Helmstedt, Geising, Bramstedt; die Knopfarbeiter in Elberfeld, Osterwied und Schmölln (S.-A.). Von diesen war der in Schmölln von größter Bedeutung. Gegen 1000 Mitglieder des Holzarbeiterverbandes waren daran beteiligt; er begann Ende Januar und ist erst im Juni beendet worden. Die Einzelheiten und der Verlauf dieses bedeutenden Abwehrstreiks sind unseren Lesern bekannt. Er hat gezeigt, daß dem Anstehen der Unternehmer, die Löhne unter das Existenzminimum herabzudrücken, recht

wohl begegnet werden kann, wenn — die Arbeiter einig sind, und dies hatten die Schmöllner Knopfarbeiter erkannt. Von 200 Mitgliedern, die im Januar des alten Jahres dem Holzarbeiterverbande angehörten, steigerte sich die Zahl auf mehr denn 1000, welche Zahl auch heute noch vorhanden ist. Daß dem Unternehmertum in Schmölln die erlittene Schlappe schwer im Magen lag, bewies die kürzlich mitgetheilte Prozeßverhandlung, die dem Kollegen Walbr, dem bewährten Führer des Ausstandes, eine Woche Haft einbrachte. Wenn die Schmöllner Knopfarbeiter wie bisher auch ferner treu zusammenhalten, werden die Unternehmer Donath und Genossen sich hüten, sich eine zweite Niederlage zu bereiten.

Die Stellmacher hatten Kämpfe zu bestehen in Lemgo, Nürnberg, Bismar, Wilster, Königsberg i. Pr. und Werbau i. S. In letzteren beiden Orten wurden sie wegen Vetheiligung an der Maifeier gemaspregelt. Der Verlauf ist uns nicht bekannt. In Nürnberg und Wilster endeten die Ausstände mit einem vollständigen Siege der Arbeiter.

Die Tischler haben — mit Ausnahme weniger Orte, wie: Igehoe, Konstanz, Wilster, Heide, Elberfeld — nur Werkstättenstreiks zu verzeichnen; so in Berlin, Pforzheim, Pulmke, Ludenwalde, Weissensee, Tilsit, Lübben, Bunzlau, Barel, Rohrbach bei St. Ingbert, Leipzig, Neuschönfeld (wegen der Maifeier), Frankenthal, Holzwinden, Nürnberg (Eysler'sche Hofmöbelfabrik), durch welche Aussperrung auch Jürth fast in den Ausstand verwickelt worden wäre; Gemelungen, Cottbus, Dresden, Teterow, Zirndorf bei Nürnberg, Grabow, Bad Reichenhall, Gotha, Blomberg, Altenburg, Lübeck und Kassel. Welchen Verlauf die Ausstände für unsere Kollegen genommen, wissen wir leider nicht; nur einige Orte haben uns darüber Mittheilung zukommen lassen. In Stuttgart stand ein Ausstand bei der Firma Hujendörfer & Wederle bevor. Derselbe konnte vermieden werden, da eine Einigung erzielt wurde. Der Elberfelder (Petroleum) Streik ist siegreich verlaufen, ebenso in Wilster und Heide. Konstanz errang nur einen theilweisen Erfolg und in Igehoe ging er verloren.

Werkstättenstreiks, an denen theils Tischler und Drechsler, Tischler und Stellmacher usw. theilhaftig waren, fanden statt in Nürnberg (Eysler), Eisenach (Köhert), Offenbach (Klimm, Kollet & Engelhardt), Freudensadt (Bothmer), Eisenberg (Knobloch & Knopfe). In Peine streikten Tischler und Stellmacher gemeinsam um Abschaffung von Kost und Logis bei den Reihern. Tischler und Glaser gemeinsam in Nürnberg. Ristenarbeiter befanden sich im Ausstande in Bünde und Berlin. In letzterem Orte an 800 Personen. Der Ausstand wurde zu Ungunsten der Arbeiter beendet. Stahlmacher befanden sich in partiellen Abwehr- und Werkstättenstreiks in Rabenau (Arthur März), Rannheim (Fesendecker), Geringswalde (Egig & Söhne), Parkethodenleger in Berlin (Rosenfeld & Co.), Ausbach (Koberer). Möbel- und Stuhlpolierer in Dresden (Kernmann und Greifhagen).

Eine ganze Reihe Kämpfe, wenn auch zum Theil unbedeutend, hatten die deutschen Korbmacher zu bestehen; so in Reiz, Schönebeck, Halle, Frohse, Mühlberg, Geestemünde, Gröpelingen, Friedrichsfelde. In Anbetracht der kleinen Organisation sind die Opfer, welche zur Unterstützung der Ausständigen gebracht wurden, recht namhafte. Immerhin sind aber die Erfolge minimal, wie das angeführt der traurigen Lage im Korbmacherberufe infolge der großen Konkurrenz durch die Gefängnisarbeit nicht anders zu erwarten ist. Im ausländischen Korbmacherstreik sind uns die in Mainz (Schweben) und Karlsru (Dänemark) bekannt. In Drechsler im

Auslande befanden sich im Streit 700 Meerschaum- und Bernsteindrechsler in Wien; deren Erfolg ist ein theilweiser. Ferner daselbst die Stockdrechsler.

Tischlerstreiks fanden statt in Amsterdam, Bern, Basel, Stockholm, Gese, Auffig, Troppau, Pilsen, Graz, Genf und Kolomea (in letzterem Ort waren es Kollegen nur mosaischer Konfession). In Zürich, Winterthur und St. Gallen befinden sich seit lange die Rahmenmacher und Glaser in erstem Kampfe, der bis heute endgültig noch nicht entschieden ist.

Wie aus Vorstehendem ersichtlich, war das Jahr 1895 für unsere Organisation ein Jahr des Kampfes; das kommende Jahr wird es nicht minder sein. Die Kämpfe haben schon seit einiger Zeit begonnen; so in Berlin, Zirndorf, Potsdam, Hannover, Kiel, Nürnberg, Stuttgart, Jürth, Essen und anderen Orten.

Ob die bevorstehenden geplanten Lohnbewegungen von Erfolg sein, ob sie siegreich beendet werden? wir wissen es nicht; der Erfolg wird ganz von der Stärke der Organisation an den einzelnen Orten, von der Solidarität und Opferwilligkeit aller Kollegen, und nicht in letzter Linie von einer günstigen Geschäftskonjunktur abhängen, und damit wird man zu rechnen haben. Aber noch mit einem anderen Faktor haben wir zu thun, und zwar mit der Reaktion, die gegenwärtig wieder äußerst fühlbar ihr Haupt erhebt und, nachdem sie bereits einen Versuch gemacht hat, die politische Organisation der Arbeiter zu vernichten, auch zum Schlage gegen die Gewerkschaften ausholt.

Dem Unternehmertum sind dieselben ein Dorn im Auge, und daher das eifrige Bemühen der Regierung, ihren Schützlingen, den Stumm und Konjorten, zur Sahmlegung der Gewerkschaften behülflich zu sein. Etwas Anderes bezweckt die jüngste Polizeimaßregel, daß Zahlstellen von Zentralverbänden Statuten und Mitgliederverzeichnisse einreichen sollen, nicht. Man versucht dadurch die unselbstständigen Zahlstellen zu politischen Vereinen zu stampeln, um deren Auflösung, wie schon geschehen, auf Grund des § 8 des Vereinsgesetzes zu bewirken. Wir befinden uns erst im Anfangsstadium der Verfolgungsära; das Koalitionsrecht zu verlieren stehen wir im besten Begriffe. Die Bestrafungen wegen der Sperrenotizen und „Zug fernhalten“, die Knebelung der Presse mit dem berühmten „Dolus eventualis“, die Anwendung des Unfugparagrafen und vieles Andere deuten den Weg an, den die Reaktion einzuschlagen gedenkt.

Auf politischem Gebiete ist der gegenwärtige Zustand ein ebenso trostloser. Der Septemberkurs hat der Verfolgungsjucht in ganz unerhörter Weise die Zügel schießen lassen. Verurtheilungen, Verhaftungen, Auflösungen, Hausdurchsuchungen finden unaußhörlich statt. Staatsanwälte und Richter tragen nicht unwesentlich zur Erschütterung des Rechtsbewußtseins im Volke bei. Niemand kann sich darüber hinwegtäuschen, daß die seit Kurzem gefällten Urtheile wegen einer nach unserer Laienauffassung berechtigten Kritik das Ansehen des deutschen Richterstandes nicht erhöht haben. Das arbeitende Volk versteht es einfach nicht, wie man es beleidigen, es für eine Horde von Menschen erklären kann, die nicht werth sind, den Namen Deutscher zu tragen, und für eine berechnete Zurückweisung einer derartigen Beleidigung noch obendrein bestraft werden können.

Daß dies geschieht ist tieftraurig und bedeutet für die Zukunft kein gutes Zeichen. Nicht dem Koalitions-, Versammlungs- und Vereinsrecht ist aber auch das freie Wahlrecht in Gefahr. Die Reaktion ist eifrig an seiner Befestigung thätig. In Sachsen, dem reaktionärsten aller deutschen Bundesstaaten, beginnt man mit der Beschränkung des Wahlrechts zum Landtage; im übrigen

Deutschland macht das reaktionäre Preßgeschlecht kein Geheimniß mehr aus seinem Bestreben, dem arbeitenden Volke das Wahlrecht zu rauben, speziell ist es in Hamburg ein nationalliberales Organ, das schamlos genug ist, die Beseitigung offen zu fordern.

Noch ist es nicht so weit, das arbeitende Volk wird dagegen ganz energisch Protest erheben und sein unveräußerliches Kleinod zu wahren wissen. Also auch auf politischem Gebiete wird das neue Jahr neue und schwere Kämpfe für die Arbeiter bringen; sie werden sie überwinden, trotzdem und allem.

Was die Entwicklung unseres Verbandes selbst anbetrifft, so können wir mit den erzielten Erfolgen bezüglich seiner Ausbreitung zufrieden sein. Neue Erfolge hoffen wir zu erkämpfen und neue Hoffnungen erfüllen uns für die Zukunft, wenn wir, auf die Vergangenheit zurückblickend, uns sagen können, wir sind vorwärts gekommen.

Langsam zwar, aber stetig schreiten wir voran. Durch die vielen und großen Kämpfe in diesem Jahre ist der Beweis der Lebensfähigkeit und Thakraft unserer Organisation erbracht, ihr fester Bestand ist außer Frage, und deshalb haben wir auch keine Ursache, dem neuen Jahre anders als freudig und kampfmüthig entgegenzusehen.

Kollegen! Freunde! Wir hoffen, daß jeder Einzelne von Euch seinen Theil dazu beitragen wird, unsere Organisation zu stärken und neue Kampfgenossen zu werben.

Freunde und Mitarbeiter! Alle seid Ihr berufen, dazu beizutragen, die Organisation mächtig und unüberwindlich zu machen. Jeder nach seinen Kräften, der Eine durch mündliche, der Andere durch schriftliche Agitation, Jeder aber durch treues Festhalten an der Organisation, durch eifriges Streben zum Ganzen und durch opferwillige Förderung der Gesamntinteressen.

Insondere richtet sich unser Appell an die Verwaltungsmitglieder unserer Organisation, die mehr als jeder Andere berufen und erwählt sind, die Interessen des Verbandes zu wahren und zu fördern, deren aufopferungsvoller Thätigkeit das Wachsen und Gedeihen der Zahlreichen hauptsächlich zu danken sein wird. Versprechen sie und wir Alle unsere Pflicht nach besten Kräften zu thun, dann werden wir die uns bevorstehenden Kämpfe überwinden und auch im neuen wie im alten Jahre Fortschritte machen und dem Ziele näher kommen.

Mit diesem Wunsche schließen wir das alte Jahr, und kampfbereit empfangen wir das neue.

Profit Neujahr!

Klassenkampf und Armenwesen.

F. Die Anzeichen am wirtschaftspolitischen Himmel für den heranwachsenden Sturm mehrten sich. Die überhandnehmende Arbeitslosigkeit mit all ihren Konsequenzen ist eine der bedeutendsten dieser Erscheinungen. Die moderne Form der Säterzeugung bringt es mit sich, daß immer weitere Schichten der Bevölkerung verarmen, zum Hungern und Dursten verdammt werden.

Überall im täglichen Leben treten die klaffenden Gegensätze zwischen Arm und Reich in die Erscheinung. Hunderttausende ist es heute trotz angelegentlichster, mühevoller Arbeit vom frühen Morgen bis zum späten Abend nicht möglich, ein auch nur einigermaßen menschenwürdiges Dasein zu führen. Und doch, wie „glücklich“ sind diese noch Jene gegenüber, denen es trotz des besten Willens, zu arbeiten, nicht möglich ist, Arbeit zu finden. Kann es einen größeren Überdruß in der Gesellschaft geben als den, daß während ein kleiner Bruchtheil der Gesellschaftsmitglieder, ohne zu arbeiten, im Uebermaß aller Genüsse des Lebens schmökeln kann, ein großer Theil ohne eigenes Verschulden dazu verurtheilt ist, arbeitslos die Landstraße zu bevölkern und dadurch der bittersten Noth preisgegeben ist?

Die „Kassenfrage“, wie diese letztere Begleiterscheinung der kapitalistischen Produktionsweise largweg von der (mit der ihr eigenen Kurzschichtigkeit) herrschenden Klasse und ihren Geldingen genannt wird, nimmt immer größere Dimensionen an. Rath und planlos geht man dieser Thatsache gegenüber. Häufiges glaubt man, dieses Unheil soziale Frage damit „lösen“ zu können, daß man mehr Gehälter und Arbeitsstunden best, um die unzulässigen Opfer des Kapitalismus, wenn es irgend geht, hier ihren Schicksal zu überlassen.

Derselbe Vater „Einkauf“, der, wenn es gilt, gerade mit den meisten Schichten der Bevölkerung Pflichten zu verlangen, immer Mittel und Wege dazu findet, ist zu unumsichtig, die selben vor der Ausbeutung und Ausbeutung und deren schrecklichen Folgen zu schützen! Und doch, kann es eine größere Ungerechtigkeit geben als die, den wider seinen Willen Arbeitlosen in's Elend stürzen und verkommen zu lassen? Wer ist denn schuld, wenn heute bei benutzigen Umständen die auf

die Bahn des Verbrechens getrieben werden, die unter anderen Verhältnissen höchst nützliche Glieder der Gesellschaft sein würden? Der satte Moralphilister, der Geldproß, der nie in seinem Leben Noth und Entbehrung kannte, wird natürlich mit dem Urtheil schnell bei der Hand sein: der Dieb gehört in's Gefängniß. Nicht nur also, daß jene Unglücklichen physisch unfählich unter unseren heutigen gesellschaftlichen Zuständen zu leiden haben, müssen sie auch noch den Hohn und die Verachtung über sich ergehen lassen! Und das nennt man dann „göttliche Weltordnung“.

Wahrhaftig, unser Zeitalter, das man mit Recht das des Dampfes und der Elektrizität nennt, treibt herrliche Blüthen. Doch, wie sollte es auch anders sein. Der Kapitalist von heute hat kein Interesse daran, für das Wohlergehen der arbeitenden Klasse besorgt zu sein. Da infolge der planlosen, in's Grenzenlose durch die Entwicklung der Maschinenteknik gesteigerten Produktion immer mehr „Hände“ übrig werden, so braucht er vorläufig keine Angst zu haben, daß einmal der Zeitpunkt eintreten könnte, das menschliche Ausbeutungsobjekte nicht zur Verfügung ständen. Im Gegentheil, je trauriger es dem Arbeiter geht, desto williger wird er naturgemäß dem „Arbeitgeber“ gegenüber sein, um nicht zu verhungern.

Das trifft vor Allem bei dem verheiratheten Arbeiter, der Weib und Kinder zu ernähren hat und infolge der Familienbände mehr an die Scholle gefesselt ist, zu. Unter solchen Umständen erklärt es sich auch, daß Fälle, in denen arbeitende, arbeitsfähige Personen Armenunterstützung in Anspruch nehmen müssen, weil der Arbeitslohn so gering ist, daß der Hunger nicht gestillt werden kann, nichts Seltenes sind. Im sächsischen Erzgebirge z. B. ist dies durch die sächsische Armenstatistik nachgewiesen. In England, dem typischen Land der auf die Spitze getriebenen Klassengegensätze, ist ein Siebentel aller über 60 Jahre alten Einwohner Almosenempfänger oder Armenhausbewohner. Diese Thatsachen sprechen ganze Bände über das Massenelend der arbeitenden Bevölkerung!

Und wie sieht das Armenunterstützungswesen speziell bei uns in Deutschland aus? Natürlich ganz den sonstigen gesellschaftlichen Einrichtungen, soweit sie sich auf die Arbeiter beziehen, entsprechend. Gerade hier, in der Organisation des Armenwesens, offenbart sich das ganze Unvermögen, die ganze Ohnmacht unserer heutigen Staatsregierungen. Schon das Prinzip, nach dem in Bezug auf die Gewährung von Armenunterstützung verfahren wird, ist verwerflich.

Ein Recht auf Armenunterstützung giebt es nicht! Die betreffenden Gesetze über Unterstützungswohlfuth, Landarmenverbände zc. sind so zugeschnitten, daß jede derartige Unterstützung ein Almosen ist und vom Empfänger als solches empfunden werden muß. Das Niederträchtigste außerdem ist noch, daß mit einem solchen Falle der Verlust einer Reihe von den wenigen Rechten, welche der Arbeiter noch besitzt — Wahlrecht zu den verschiedenen Körperschaften zc. — verknüpft ist. Armuth ist also hier gleichbedeutend mit Rechtlosigkeit, wie immer in unserem an der „Spitze der Kultur“ marschirenden Staate. Daß unter solchen Umständen Jeder, der nicht absolut dazu gezwungen ist, auf die Inanspruchnahme einer solch herrlichen Einrichtung verzichtet, ist erklärlich. Umjomehr gewinnen die Zahlen der 1885 für das deutsche Reich aufgestellten Armenstatistik, trotz ihrer Unzulänglichkeit, an Bedeutung. Demnach sind 1,5 Millionen Personen, also 3,4 pZt. der gesammten Bevölkerungszahl, unterstützt worden. Ausgegeben dafür wurden 90 Millionen Mark, also durchschnittlich M. 55 auf den Kopf der Unterstügten und M. 193 auf je 100 Einwohner.

Daß eine Reform des Armenwesens nothwendig ist, dürfte Jedem einleuchten, ist aber vor der heutigen Gesellschaft nicht zu erwarten, wenigstens eine grundsätzliche Aenderung nicht. Die heutigen Gesetzesmacher gehen von dem Standpunkt aus, daß die Unterstützungsbedürftigkeit immer eine selbstverschuldete sei. Wie natürlich diese Annahme ist, ist oben schon gesagt worden.

Daß die Gesetzgebung in Bezug auf das Armenwesen auch nicht im Entferntesten den thatsächlichen Verhältnissen entspricht, beweisen auch die bestehenden privaten Armen-Wohlfühlthätigkeitsanstalten. Erwähnt seien nur die Bodelschwingischen Arbeiterkolonien, die übrigens als ein Muster gelten können, wie derartige Anstalten nicht sein sollen.

Auch sonst spielt bei allen passablen und unpassablen Gelegenheiten die private Armenunterstützung eine große Rolle. Können sich doch bei Gelegenheit von „Bödigungs“-Kongressen und Fellen zc. die Besorgenden so recht als „Freunde“ der Armen zeigen. Die menschheitsfreundlich ist's doch, dem Arbeiter in einer oberflächlichen noch prägnanten und demütigenden Art und Weise einmal einen Krugchen Suppenmilch von dem, was man unverschämlicher Weise erst durch Verzerrung des verbietenen Lohnes sich angeeignet hat!

Bei Gelegenheit der Feier des Festes der „Christlichen Liebe“ haben wir solche Saiten den armen Proletariatskindern gegenüber in allen Tonarten erklingen hören. Und so wird auch schon den unschuldigen Kindern das Leben verbittert und das Demüthigende ihrer Armuth demonstriert.

An den Klassenbewußten Arbeitern aber wird es liegen, durch immer thakräftigere Organisation und Agitation das Verständnis für alle Vorgänge auf wirtschaftspolitischen Gebiete in immer weitere Kreise zu tragen. Den vereinten Kräften wird es eher möglich sein, immer mehr auf Verbesserung der Lage der Arbeiter auch heute schon erfolgreich zu bringen, um so der rapid vor sich gehenden Degeneration der Arbeiterklasse Einhalt zu thun. Nicht auf schöne Versprechungen, wo sie auch herkommen mögen, soll sich der Arbeiter verlassen. Nur aus sich selbst heraus, auf seine eigene Kraft bauend, welche eben in der Macht der Organisation liegt, wird er sich aus der Knechtschaft der Lohnsklaverei emporheben können, denn „die Befreiung der Arbeiter muß das Werk der Arbeiter selbst sein!“

Von der preussischen Gewerbeinspektion.

VI.

Arbeiterausschüsse, dieses Parade Pferd der Hirsch-Dunderländer, sind fast gar nicht mehr vorhanden, und wo sie noch sind, erstreckt sich ihre Thätigkeit auf sehr untergeordnete Angelegenheiten. Der Beamte für Frankfurt a. D. berichtet, daß das Vorurtheil der Arbeitgeber gegen die Arbeiterausschüsse so groß ist, daß sie nicht allein die Bildung eines solchen, sondern überhaupt jede Erwörterung über diese Einrichtung rundweg ablehnen. Daß die noch bestehenden Ausschüsse meist nur zur Begutachtung von Arbeitsordnungen und Besprechung von Fabriktrankentassenangelegenheiten herangezogen sind, bekunden die Beamten für Pommern, Posen und Erfurt. Der Beamte für Biegnitz weiß im Gegenthat zu den vorkommenden Beamten, daß sich die Arbeiterausschüsse gut bewährt haben und weitere Bildung von solchen nur zu wünschen sei. Im Schleswiger Bezirk ist die Beobachtung gemacht, daß die Thätigkeit der Ausschüsse immer mehr zurücktritt, theilweise ganz aufgehört hat. Theilweise bestehen sie dem Namen nach noch, es habe sich aber ergeben, daß für den Theil von ihren Mitgliedern, die durch Tod oder andere Gründe aus der Fabrik ausscheiden, keine Er-gänzungswahlen vorgenommen wurden. Der verbleibende Theil habe in der Regel eine Thätigkeit nie wieder ausübt. Der Bueburger Beamte bemerkt, daß die Arbeiterausschüsse sich mehr bemerkbar machen müssen, wenn sie nicht das Vertrauen der Arbeiter verlieren wollen, wie aber? Darüber schweigt des Sängers Höflichkeit. Der Herr Beamte hat selbst die Erfahrung gemacht, daß die Fabrikanten auf ihren Willen bestehen und seine Vermittlung fruchtlos war, wach ein Gewicht sollte derselbe Fabrikant dann wohl auf einen Ausschuß seiner Arbeiter legen!

Ähnlich wie der Schleswiger Aufsichtsbeamte äußern sich die für Münster, Arnberg, Düsseldorf, Koblenz und Trier.

Der Beamte in Müden ist des Bodes voll über die gegenwärtige Thätigkeit des Arbeiterausschusses zum Wohle der Arbeiter und Arbeitgeber in einer mechanischen Wauflschlerei, die im Jahre 1890 280 Löhler beschäftigt hat. Ort und Name sind nicht angegeben, wir gehen aber wohl nicht fehl, wenn wir die betreffende Fabrik als die unseren Lesern bekannte in Dönhans bezichnen. Wollen sehen, worin die gegenwärtige Thätigkeit im Interesse der Arbeiter bestand. Die Direktion hatte nämlich zum 22. Juni 1894 eine außerordentliche Sitzung einberufen und mit Rücksicht auf die schlechte Geschäftslage der beiden letzten Jahre folgende Punkte auf die Tagesordnung gesetzt: 1. die am 8. April 1891 beschlossene Erhöhung der Akkordpreise um sechs Prozent fällt fort; 2. anstatt, wie bisher, 10 1/2 Stunden soll 11 gearbeitet werden; 3. anstatt 26 Prozent Ausschlag für Ueberstunden giebt es nur noch 10 Prozent; 4. die Arbeit beginnt pünktlich und die vorherigen 5 Minuten für Vorbereitung fallen fort; 5. die gemeinthaftlichen Beckenabgangnisse fallen bis auf Weiteres aus (werden aber jedenfalls gestattet, wenn ein Kompanionsmitglied jener Gesellschaft das Zeitliche gesegnet hat, damit sie „freudlich“ bezogen, eine wie große „Liebe, Anhänglichkeit und Achtung“ sich der „bescheiden und fromme“ Herr Aktionär bei ihnen erweisen und wie „unsergütlich“ so ein Dividendenstümper in ihrem Gedächtniß fortleben wird. D. R.); 6. alles Anschaffen von Brennholz, Kupfer, Kupfen und der Verkauf gemeinsamer Belege von Nahrungsmitteln während der Arbeitszeit sind verboten, die Arbeitszeit soll vielmehr wohl ausgenutzt werden. Was hat der „gegenwärtige“ Ausschuß? Mit den Punkten 1, 2, 4, 5 und 6 erklärte er sich einverstanden und zu Punkt 3 „äußerte er den Wunsch“, anstatt einer längeren Arbeitsdauer von 1/2 Stunde, lieber den Lohn für 1/2 Stunde täglich zu kriegen. Dem Wunsche wurde Folge gegeben. Die Direktion sprach nach Schluß der Sitzung dem Arbeiterausschusse ihren besten Dank für sein Entgegenkommen (Soll wohl heißen „gegenwärtige“ Wirksamkeit im Interesse der Aktionäre. D. R.) aus, und versprach, wenn bessere Zeiten

und „Abfällige“ (für die Dividendenjäger natürlich) kommen, dann sollen die Beschränkungen auch wieder aufgehoben werden. Bis dahin Geduld, liebe Seele!

Arbeiterausstände sind im Berichtsjahre nur verhältnismäßig wenige vorgekommen, darunter aber einige recht bemerkenswerte, die unter Anderem Zeugnis davon ablegen, wie wenig Vorbedacht dieselben geführt und wie sehr es den Arbeitern noch an Einigkeit und Solidaritätsgefühl und den Organisationen an Macht und Mitteln fehlt. In einer chemischen Fabrik in Potsdam traten 1000 Mann aus, mußten sich aber nach wenigen Tagen bedingungslos unterwerfen. Sie wurden hinterher verhöhnt, daß sie sich von einem einzelnen Arbeiter hätten „aufwiegeln“ lassen, der nur zu dem Zwecke angefangen haben sollte. Man sollte es kaum glauben, daß der Herr Gewerbeinspektor eine solche Uebertheit für haare Münze nimmt. In Oesfemünde verunglückte ein Streik in einer Eisengießerei, an dem 16 Former beteiligt waren; was dem Herrn Aufsichtsbeamten sehr bemerkenswert erscheint, daß nämlich der Metallarbeiterverband das Vorgehen der Ausständigen nicht billigte, halten wir für ganz selbstverständlich, denn wenn wir verlangen, daß ein Arbeitgeber seine Arbeiter nicht beleidigen soll, verlangen wir dasselbe auch umgekehrt vom Arbeiter gegenüber seinem Arbeitgeber. Ueber diese Konsequenz im obigen Ausstände seitens des Verbandes besonders verwundert zu sein, hat der Beamte gar keine Veranlassung; wir begreifen aber seine Natvetät, wenn wir einige Zeilen weiter lesen, daß ihm an Arbeiterorganisationen in seinem Aufsichtsbezirk nur der Buchdruckerverband und der Fachverein der Metallarbeiter bekannt geworden sind. Ein Zeichen, daß er sich um die organisierten Arbeiter und deren gewerkschaftliche Organisationen allzuwenig gekümmert hat.

Den Mangel an Solidarität usw. beweisen die nachstehenden Fälle, von denen die einzelnen Gewerbeinspektoren Mitteilung machen. Theils nach kürzerer oder längerer Dauer und ohne Erfolg, mußten die Streiks als verloren resp. die Aussperrung als beendet erklärt werden: In Wittenberge von den Maurern, in Burg von Politern und Lackirern, desgleichen von den Schuhmachern bei Taub & Co.; die Ausgesperrten haben sich zu zwei Genossenschaften zusammengethan und produzieren auf eigene Rechnung. Ein Ausstand der Möbelarbeiter einer Fabrik in Liegnitz endigte mit Entlassung sämtlicher Ausständiger. Glasarbeiter und Eisengießer in Görlitz nahmen, zum Theil zu ungünstigeren Bedingungen, die Arbeit wieder auf. 100 Steingutarbeiter im Bezirk Merseburg streikten sechs Wochen und suchten sich anderweit Arbeitsgelegenheit. Im Erfurter Gerichtsbezirk sind drei Ausstände angeblüht, jedoch durch Einigung beigelegt, da die Forderungen belanglos waren. Ein Ausstand der Hüper in den Porzellanfabriken in Iphoe wurde dadurch erledigt, daß alle 65 Arbeiter entlassen und ungelernete Arbeiter eingestellt wurden. So lautet die lakonische Bemerkung des Schleswiger Beamten. Auch ein Ausstand von Kohlenarbeitern in Glückstadt war erfolglos. Von fast gar keinem oder nur minimalem Erfolg waren die Ausstände der Brauereiarbeiter, der Schuhmacher und Barbier. Ueber einen größeren Ausstand der Schneider in Kiel entschied das Gewerbegericht als Einigungsamt mit nur theilweisem Erfolge für die Arbeiter. Ein Ausstand von 115 Arbeiterinnen einer Knüpsteppichfabrik in Linden verlief nach 10 Tagen erfolglos für dieselben. Desgleichen vier Ausstände, darunter einer von zehn Tischlern in einer Kleinen Möbelfabrik im Bezirk Silbesheim und Sühneburg, und ein Weber- und Weberinnenausstand im Aufsichtsbezirk Wiefelsfeld, an dem ja 170 Personen beteiligt waren. Im Bezirk Arnshberg verlief ein Ausstand von 18 Landwebern im Sande; nur drei Arbeiter wurden wieder zugelassen. In gleicher und noch ungünstigerer Weise endete ein Ausstand von elf Arbeiterinnen einer Papierfabrik, für welche einfach elf andere Arbeiterinnen eintraten. In einer Fahrradfabrik wurden die durch Ausständige entstandenen Lücken „wieder ausgefüllt und der Ausstand beseitigt.“ Diese beiden Fälle berichtet der Aufsichtsbeamte für Wiesbaden in einem Lobe, als ob es sich von selbst verstand, daß mit Arbeitern, wenn sie sich erkühnen, eine ihrer Meinung nach berechtigige Forderung an die Arbeitgeber zu stellen, so umgesprungen werden müsse. In gleicher Weise, wie die vorstehenden, endete auch der Brauerausstand in Köln, da die Arbeiter „durch andere ersetzt wurden.“

In Eupen hat ein Arbeiterausbruch bei einem großen Weberausstand, der schon acht Tage währt, glücklich vermittelt. Würde der Ausbruch vor dem Ausstande gewähnt worden sein, wäre der Ausstand vermieden worden. Ein solcher in Dürkheim mißglückte. Hier waren die Unternehmer grausam genug, den auf's Aeußerste gedrückten Webern noch Lohnabzüge zu machen. Die Weber streikten in ihrer Verzweiflung, aber die industrielle Reservearmee lieferte Ersatz; schon am nächsten Tage war der Ausstand dadurch beendet, „daß von den 22 unter Kontraktbruch ausständig gewordenen Webern 17 bauernd abgelegt“ wurden, wie der Bericht des Aufsichtsbeamten für Aachen lakonisch meldet.

Einen geringen Erfolg erzielten nur die Tischler und Stellmacher einer Wagnereifabrik in Königsberg. In Gledesrieder in Jelschitz, einzelne Dachdecker in Hellersdorf, circa 400 Erbarbeiter am Dortmund-Bundel und die ausständigenden 20 Arbeiterinnen einer Schußfabrik im Bezirk Wiesbaden.

Die Erfolge durch Streiks sind auch in außerpreussischen Staaten nur äußerst minimale, und die Streikbewegung an sich hat nicht entfernt den Umfang angenommen, welchen ihr bürgerliche Zeitungsreiber angedichtet haben.

In nachfolgenden Aufsichtsbezirken sind gar keine Ausstände vorgekommen, in zweien nur einige von gar keiner Bedeutung. In der Provinz Posen, Bezirk Breslau, Koblenz, Trier, Oppeln, Sigmaringen und Düsseldorf. Der Beamte des letzteren Bezirks sagt: „daß die Geschäftsfrage nicht berart war, um zu Arbeiterausständen zu ermutigen.“ Die Berichte über die Ausstände zeigen den Arbeitern mit größter Deutlichkeit, welche Wege sie vorerst einzuschlagen haben, ehe sie hoffen dürfen, durch Streiks leibliche Erfolge zu erzielen. Die Aufklärung der indifferenten Masse und die Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation sind die ersten Bedingungen.

Die Statistik für Unfälle ist äußerst dürftig. Die gemachten Angaben beziehen sich nur auf die den einzelnen Beamten gemeldeten Unfälle. Daß die Zahlen keineswegs zuverlässig sind, geht daraus hervor, daß mehrere Aufsichtsbeamte die Zahlen nur schätzungsweise angeben. Gemeldet wurden, so weit uns eine Zusammenstellung aus den Einzelberichten möglich war, an Unfällen 67 732. Wegen des Vorjahrs hat sich die Zahl vermehrt. Zweifellos ist die Zahl der Unfälle bedeutend höher. Infolge der mangelhaften Organisation im Anmelbewesen ist es den Beamten eben unmöglich, die genauen Zahlen angeben zu können, aus welchem Grunde z. B. der Gewerbeamt für Westpreußen die Unfälle nur für den Bezirk Elbing (846) anzugeben vermag. Unfälle, die den Tod herbeiführten, zählen wir in 22 Bezirken 616. Aus den Bezirken Westpreußen, Oppeln, Minden, Hannover und Wiesbaden liegen keine Angaben vor. Aus dem letzteren sind nur drei Fälle aus chemischen Fabriken und 18 vorgekommene im hessisch-nassauischen Bergbau angegeben. Unfälle, die eine Arbeitsunfähigkeit von über 13 Wochen zur Folge hatten, zählen wir 2666. Aus den Bezirken Westpreußen: Oppeln, Schleswig, Minden, Düsseldorf und Trier fehlen darüber genauere Zahlen.

Die Unfälle selbst sind auf mancherlei Ursachen zurückzuführen, in den meisten Fällen auf fehlende und mangelhafte Schutzvorrichtungen, zum Theil herbeigeführt durch Ueberanstrengung und Uebermüdung, in einzelnen Fällen ist auch Unachtsamkeit der Arbeiter angegeben. Der Beamte für Westpreußen sagt sogar aus, daß Arbeiter leichtsinniger Weise verunglückt sind. In wie weit die Angaben richtig sind, können wir nicht untersuchen, glauben aber, daß die Angaben des Mindener Beamten viel zutreffender sind; er sagt z. B. bezüglich der wandernden Drechsmaschinen „daß immer noch sehr leichtsinnig gehandelt wird. Einfriedigungen fehlen, oder sind ungenügend; die Arbeit wird überhastet, die Arbeiter — männliche und weibliche — werden durch Schnaps angefeuert, und die Dorfjugend tummelt sich in unmittelbarer Nähe des gefährlichen und staubigen Betriebes umher; zu verwundern ist es nicht, wenn hierbei Unfälle vorkommen.“ Derselbe Beamte erwähnt ferner, daß die Fabrik für Holzbearbeitungsmaschinen Kampmann & Rasch in Wiefelsfeld sämtliche Maschinen gleich bei der Anfertigung mit den erforderlichen Schutzvorrichtungen versehen, es aber nicht selten vorkomme, daß die Käufer den dadurch um einige Mark erhöhten Preis nicht zahlen wollen und die Schutzvorrichtungen so weit wie möglich beseitigen lassen. Da haben wir's, die Arbeiter müssen dem Portemonnaie der Unternehmer zu Liebe sich Arme und Beine vom Leibe reißen lassen, und hinterher beschuldigt man sie, daß sie sich leichtsinniger Weise die Unfälle zuziehen, um in den — Genus der „hohen“ Rente zu kommen. Diese und ähnliche Fälle sind in den Berichten unzählige angeführt, wir müssen es uns aber versagen, auf sie alle einzugehen. Aeußerst sonderbar nimmt sich ein in den Anlagen enthaltenes Schema für die künftige Anlegung einer einheitlichen Statistik der Unfälle und Unfallursachen aus. Wenn wir die gute Absicht, die in der Einheitlichkeit der Registrierung liegt, gerne anerkennen, so erregt die Art derselben doch Bedenken, und zwar, weil man die Unfallursachen in sechs Gruppen theilt, die bei jedem Unbefangenen den Anschein erweckt, als ob die Unternehmer ihrer Verantwortlichkeit für die Unfälle entbunden werden sollen und zwar von — Amtswegen. Wir finden in dem Schema folgende Aufzählungen: 1. Zufälligkeiten. a) Gefahr des Betriebes an sich auch bei geringer Unachtsamkeit des Arbeiters. b) Andere Ursachen: Verschulden der Mitarbeiter. 2. Verhalten des Arbeiters. c) Gefahr des Betriebes an sich bei grober Unachtsamkeit der Arbeiter. d) Beseitigung oder Nichtbenutzung gebotener Schutzmittel. Handeln gegen erhaltene Vorrichtungen oder bestehende Bestimmungen. 3. Mangel an Schutzvorrichtungen. e) Fehlende oder schlechte Aufsicht und Unterweisung. Nichtbeachtung bestehender Vorschriften und Bestimmungen. f) Schlechte Einrichtung überhaupt. Nichtanwendung oder Mangelhaftigkeit der Schutzmittel.

Der Aufsichtsbeamte für Westpreußen, der einzige von 27, ist bereits nach vorgenanntem Schema, das vom Regierungspräsidenten mit Genehmigung des Ministers für Handel und Gewerbe erlassen ist, verfahren. Was was ist das Resultat? Er kommt nämlich zu folgendem Ergebnis: a) 66 Prozent der Unfälle, b) 5 Prozent, c) 17 Prozent, d) 3 Prozent, e) 3 Prozent, f) 6 Prozent. Wie hieraus ersichtlich, sollen die meisten

Unfälle der Gefahr des Betriebes an sich zur Last, und damit ist die Frage nach den unaufgeklärten Ursachen aus der Welt geschafft. Es ist ja viel bequemer, die Schuld an den Unfällen ohne Weiteres auf die Arbeiter abzuwälzen, um den Herren Unternehmern Kosten und Unannehmlichkeiten zu ersparen. Der nächste Jahresbericht der preussischen Gewerbeämter wird uns darüber aufklären, bis zu welchem Grade es möglich war, die Schuld an den Unfällen den Arbeitern aufzubürden. Die Arbeiterschaft wird dann aber, dessen mögen die maßgebenden Behörden versichert sein, so laut wie möglich gegen eine derartige behördliche Praxis Protest erheben.

Mit diesem Artikel schließen wir die Berichte der preussischen Fabrikinspektoren ab. Auf die zum Theil in den Himmel erhobenen sogenannten „Wohlfahrtsvereinigungen für Arbeiter“ kommen wir vielleicht in anderer Form einmal zurück. Wir können unseren Kollegen, namentlich denen, die agitatorisch thätig sind, nur empfehlen, das in den sechs Artikeln bekanntgegebene Material bestens zu verwenden, dann ist deren Zweck erreicht.

Sozialpolitische Rundschau.

† Leopold Jacoby ist seit dem 20. Dezember nicht mehr unter den Lebenden. Jahrelang von einer tödtlichen Krankheit heimgesucht, hat ihn endlich der Tod erlöst. Vielen unerer Leser dürfte er durch sein Gedichtswerk „Es werde Licht“ bekannt sein. Leopold Jacoby ist in einem Städtchen Ostpreußens als Sohn einer armen jüdischen Witwe geboren, mancherlei harte Entbehrungen hatte er sich in seiner Jugend aufzuwerfen. Als Knabe bezog er das Gymnasium in Danzig, empfing dort die ersten literarischen Einbrüche. Am Feldzuge 1870/71 nahm er als Freiwilliger Theil, und zwar als Militärarzt. Dieser Krieg hatte ihn, wie er selbst sagte, „zum Sozialisten gemacht“, und namentlich hatten die dem Kriege folgenden geschichtlichen Ereignisse, vornehmlich die Erhebung und Niederwerfung der Kommune und die zur selben Zeit in Berlin sich abbrechende Gründerperiode dazu beigetragen.

Seitdem gehörte er der Sozialdemokratie. Sein Streben und Wirken war dem Sozialismus gewidmet. Im Jahre 1878 gab er seine Gedichte „Es werde Licht“ in Berlin heraus, selbige wurden 1878 vom Polizeipräsidium verboten. Jacoby machte halb darauf Studienreisen im Auslande: Nordamerika, Indien und Italien, wurde in Mailand Universitätslehrer und siedelte später nach Zürich über. Jacoby ist nur 50 Jahre alt geworden, er erlitt infolge Ueberanstrengung vor einigen Jahren einen Schlaganfall, von dem er sich nicht wieder erholen konnte, weil er leider zu seiner Genesung nicht die Mittel hatte, die eine solche vielleicht möglich gemacht hätten.

Die Sozialdemokratie verliert in ihm einen geschätzten Dichter, einen würdigen Kämpfer im Streite für die Befreiung des arbeitenden Volkes. Neben vielen anderen theuren Lobten wird auch in ferner Zukunft der Name Leopold Jacoby's genannt werden. Die Sozialdemokratie wird sein Andenken stets in Ehren halten.

Georg Diehl, der Vorsitzende des bayerischen Handwerkerbundes, ist am 13. Dezember in München gestorben. Mit ihm haben die Handwerker, soweit sie für Zunungen und Befähigungsnachweis schwärmen, einen ihrer bedeutendsten Führer verloren. Wie der zweite Vorsitzende, Kagler, in seiner Trauerrede bemerkte, war er der Vater des Befähigungsnachweises, der selbst gekehrt noch, als er bereits im Todeskampfe lag, mit seinen Gedanken bei uns war, indem er sich mit der Handwerkerbewegung beschäftigte. (??)

Nach Georg Diehl wird ein Anderer sich für die Forderungen und für den goldenen Boden des Handwerks in's Zeug werfen, ihn wirklich zu bekommen, werden auch sie nicht erleben.

Mit dem Entwurf der Handwerkerkammern beschäftigte sich der Reichstag am 16. Dezember. Staatssekretär v. Voeltcher empfiehlt die Annahme und verwahrt sich dagegen, daß er beabsichtigt habe, die Handwerkerorganisation mit der Vorlage aus die lange Bank zu ziehen, und daß zwischen ihm und dem Handelsminister v. Serlewsky bezüglich des Entwurfes Differenzen beständen.

Die Handelskammern sollen nicht allein nur einem Theile der Handwerker der Zunung, sondern allen Handwerkern eine Einrichtung sein, vermöge welcher sie sich gutwillig äußern können. In diesem Sinne hätte sich auch die Handwerkerkonferenz ausgesprochen. Es sollen zunächst autoritative Organe hergestellt werden, die uns sagen, was dem Handwerk frommt, und die bei der demnachstigen Organisation mitwirken sollen, um die Organisationsbezirke festzustellen, das Statut zu entwerfen usw.

Der Regierung sei der Vorwurf gemacht worden, sagt der Minister, daß sie die Handwerkerkonferenzen nach ihrem Belieben zusammenlege. „Allerdings“, sagt er wörtlich weiter, „es giebt schon Zunungen, aus denen Vertreter berufen werden können. Ich bin auch gern bereit, diesen ein Mitwirkungsrecht zu geben, aber darüber dürfen wir uns nicht täuschen, daß zur Zeit die Zahl der im korporierten Handwerk vertretenen Handwerker eine sehr geringe ist. (Sehr richtig! Heil!) Sie können anders zu keinem heilsamen Resultat kommen, als wenn Sie Organe schaffen, die nach Maßgabe berechtigter Interessen zusammengesetzt sind. Die Leute, die außerhalb der Zunungen leben, haben doch auch das Recht oder mindestens den Wunsch, gehört zu werden. Auf der letzten ordentlichen Hauptversammlung des Verbandes deutscher Gewerbeämter ist es als ein unbedingtes Erforderniß erachtet worden, daß das ganze deutsche Handwerk mitwirkt, nicht nur das in den Zunungen verbundene. Die nicht den Zunungen angehörenden Leute sind doch auch sozusagen Menschen. Die Handwerkerkammern sollen nur nicht nur aus mit Entschiedenheit unterstützen, sondern sie sollen auch ein

wesentlicher Faktor sein zur Rückfälle bei der Organisation. In Österreich bestehen die Handelskammern schon über 10 Jahre und doch konnten sie noch nicht in allen Kronländern durchgeführt werden. Gegen die Art der Zusammenfassung der Handwerkerkammern können ja berechtigte Bedenken vorliegen; diese können ja zum Ausdruck gebracht werden. Das Bedenken aber, daß der vorliegende Entwurf der ganzen Organisation präjudiziere, ist vollständig unberechtigt. Der Entwurf hat nur einen provisorischen Charakter. Seine Bestimmungen sollen nur so lange in Kraft bleiben, bis es gelungen ist, ein definitives Organisationsgesetz zu schaffen. Wenn dieses Gesetz vorgelegt werden kann, weiß der Minister nicht bestimmt, wahrscheinlich erst in nächster Session. Die Meinungen im Bundesrath aber daselbe zu fassen, von vornherein wenigstens, kaum übereinstimmen. Das ist wieder ein schlechter Trost für die Hülfler.

Der Zentralvertreter Hitze spricht sich gegen die provisorische Organisation aus. Zwangssetzung und Befähigungsnachweis allein könne dem Handwerk helfen. Ebenso entschieden äußern sich die Vertreter der Konservativen und National-Liberalen gegen die Vorlage. Den sozialpolitischen Standpunkt vertreten die Abgeordneten Reichhaus und von in nachdrücklicher Weise. Das Handwerk gehe seinem Untergange entgegen, es mit ob ohne Zwangsetzungen und Befähigungsnachweis helfen könne man dem Handwerk durch Befähigung der Korzolle, der indirekten Steuern und der Militärlasten; nur die Ueberführung der Produktionsmittel in den Gemeinbesitz würde dem Handwerk helfen, die genossenschaftliche Arbeit würde auch dem Handwerk seine endgültige Befreiung bringen. Die Sozialdemokraten werden aber für die Handwerkerkammern stimmen, weil diese eine Analogie der Arbeiterkammern sind und sie den Handwerkern nicht versagen wollen was sie für die Arbeiter wünschen.

Nachdem noch König Stamm, dessen Erfahrung als Groß-Unternehmer den Rain tausender selbständiger Handwerker-erfahrungen voraussetzt, sein handwerkerverständliches Herz ausgeschüttet, wurde die Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen. Voraussichtlich wird sie nun nicht am's Tagestisch d. h. in's Parlament zurückkommen.

Über 2000 Petitionen sind dem Reichstage zugegangen. Darunter befindet sich ein großer Theil, welcher sich auf das Gesetz über die Errichtung von Handwerkerkammern und die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes bezieht. Auch Petitionen von Frauen aus allen Ständen, die um eine Befreiung aller Bestimmungen bitten, die dem weiblichen Geschlechte das Recht beschränken, sind eingegangen.

Schwarze Lüste. Die Schnapsfabrik von Eißbaum & Co. in Mainz hat wieder ein streng vertrauliches Plakat an sämtliche hiesigen Schnapsfabriken erlassen, welches folgenden Wortlaut hat:

Eißbaum & Co. Schnapsfabrik.

Mainz.

P. P.

Die Ihnen durch die Presse bekannt sein wird, droht der Ansehensverlust eines Staats- oder einer ordnungsmäßigen Arbeitsverrichtung in größeren Maßstäbe in unserer Fabrik, angeblich, weil eine Vorarbeit bei Aufstellung amerikanischer Maschinen den Betrieb der Arbeiter lähmt. In Wirklichkeit wird durch die bedeutend erhöhte Produktionsfähigkeit selbst bei einer Vermeidung des Lohnanstiegs mehr als früher, und es handelt sich mehr darum, den Geschäftsleiter, die bei dieser Gelegenheit zum Antritt gebracht werden sollen, sowie dem bekannten Widerstreben gegen Einführung jeder neuen Maschine entgegenzutreten. Am besten werden die Geschäftsleiter dadurch informiert, daß die Arbeiter glauben, einen von ihnen ausgehenden Lohnanstieg für die Gegenwart durchsetzen zu können. Derselben Leute, die im vorigen Jahre den Streik inszenierten, machten auch diesmal an der Spitze.

Unter diesen Umständen werden wir uns an Ihre Kollegialität, mit dem besten Erfolge, wenden und auf einleuchtende Sätze verständlicher Arbeiter ausweichen zu wollen, und zwar in den ersten drei Monaten, da in dieser Zeit die Einführung neuer Maschinen bevorsteht, und versichern wir Sie des gleichen Entgegenkommens von unserer Seite, sollte derselbe aber ein ähnlicher Fall bei Ihnen eintreten.

Hochachtung

Eißbaum & Co.

Dieses Schreiben ist eine Bitte beigefügt, welche die Namen von 80 Schnapsarbeitern enthält mit dem Besuche, wo Jeder von ihnen gewohnt ist. Bei Gelegenheit der Einführung neuer Maschinen wollen die Fabrikanten die in Mainz mit einem Lohnanstieg von 18 v. H. wöchentlich noch verhältnismäßig ziemlich hochgehenden Löhne herabsetzen, um einen ähnlichen Lohnanstieg zu erreichen, wie er sich in Mainz sehr lange in den meisten hiesigen Gegenden Deutschlands, im Norden und besonders im Osten, gehalten hat. Seit die dort amerikanischen Spekulanten herbeigekommen, ganz allgemeine Steigerung der Lebensweise die Schnapswarenproduktion herabsetzt, liegt es natürlich im Interesse der Fabrikanten, die ohnehin zu erwartenden hohen Löhne der Schnapsarbeiter auf's Allerniedrigste zu beschränken und an Stelle der menschlichen Arbeit noch mehr als bisher Maschinenarbeit einzuführen. Auch haben sie auf eine Arbeitervermeidung dadurch hingewirkt, daß sie vorzüglich ihre Produktion so viel als nur möglich einschränken. Es ist fast in allen deutschen Schnapsfabriken die Arbeitszeit um 1-2 Stunden herabgesetzt worden, so daß z. B. statt einer 11-12stündigen Arbeitsdauer jetzt höchstens 8-9 Stunden lang gearbeitet wird. Auf diese Weise kommen die Schnapsarbeiter mit Hilfe der unerbittlichen Unterdrückung des Geschäftsbetriebs in ihrem Lebensvergnügen dem schmerzlichen Zwangs zur Arbeit immer näher. Derselbe wird für sie bitterer noch durch die allseitige Lohnsenkung und die immer weiter um sich greifende Arbeitslosigkeit allzu schmerzhaft empfunden. In Mainz stehen vor die Herren Anstalts-Verwalter, welche die Arbeiter gegen die Arbeiter, wegen der Steigerung: "Jung in Mainz" sagen, auf der anderen Seite die Arbeiter in größter Form vor; wie sieht es nun in Mainz aus? Wie sieht es nun in Mainz aus? Wie sieht es nun in Mainz aus?

Eine der ältesten Jungmänner Dresden, die Arbeiter-Union hat sich aufgelöst. Sie bestand schon seit mehr als zwei Jahrzehnten, von denen das eine Jahr seit vielen Jahren gewirkt hat. Die Arbeiter haben, das ganze Jahr in Dresden, dem Eintrich der Jungmänner, so daß nur noch ein einziges

richtiges Jungmannesmitglied vorhanden war. In früheren Zeiten hat die Arbeiter-Union sich in Dresden gebildet; erinnert doch der Name Webergasse an eine glänzende Vergangenheit. In der Zeit des mechanischen Webstuhls, der großen Industrie, haben die alten Jungmänner nur noch historische Bedeutung. Lebensfähig werden die heutigen Jungmänner Angesichts der immer mehr um sich greifenden Großproduktion nie werden, und im Laufe von fünfzig Jahre überhaupt nur noch Reste "erträumter" Herrlichkeiten aufweisen.

Weibliche Fabrikinspektoren anzustellen empfiehlt der Finanz-Ausschuß der zweiten hiesigen Kammer. In einem Bericht desselben über die Eingabe des Bundes deutscher Frauenvereine, die Anstellung betreffend, wird der Regierung nahe gelegt, sie möge im nächsten Staatsbudget einen Ausgabeposten vorsehen, um den Fabrikinspektoren weibliche Assistenten beizusetzen. Die Aufstellungsbeschlüsse derselben sollen sich auf ganz spezielle, die Frauenarbeit berührende Gebiete oder auf solche Betriebe beziehen, in denen ausschließlich weibliche Arbeiterinnen beschäftigt sind. Hoffentlich kommt die Kammer dem lang gehegten Wunsche der Arbeiterinnen nach und geht den übrigen deutschen Staaten auch in diesem Punkte, wie überhaupt auf Gebiete der Fabrikinspektion, mit gutem Beispiel voran.

Moderne Sozialreform. Die Amtshauptmannschaft Dresden-Rexhald macht bekannt: „Unter Anhebung der das obdachlose Umherstreifen usw. betreffenden Bekanntmachung vom 8. September 1862 wird hierdurch Folgendes bestimmt: 1. Wer sich z. B. obdachlos, und mittellos, überhaupt überflüssig umherstreift, im Freien, in Felmen, offenen Schuppen, Hütten oder Gartenhäusern und dergleichen Verstecken nachts oder sich zum Zwecke des Nächtens in fremde Räume einschleicht, 2. wer durch Trunkenheit öffentliches Aergerniß erregt, 3. wer als weibliche Person Männer zum Zwecke der gewerbsmäßigen Unzucht anlockt, wird, soweit nicht reichs- oder landesgesetzliche Bestimmungen eine härtere Strafe androhen, mit Haft bis zu sechs Wochen bestraft.“

Der Dresdener Polizeibehörde wird zweifellos eine formelle Rechtserklärung dieses Erlasses möglich sein; jachlich betrachtet aber ist er ein klares Zeugnis nicht nur für das in der heutigen Gesellschaftsordnung herrschende bittere Elend, sondern auch für die ungewöhnliche Art und Weise, wie es von den herrschenden Klassen behandelt wird. Durch derartige Polizeiverordnungen wird in ansehnlicher Weise die Armut als das hingestellt, was sie in der That in unserem christlichen Ordnungsstaate ist — — —; man bestraft die Leute, welche nicht haben, wo sie in bitterer Winterkälte ihr Haupt hinstrecken können; man bestraft die Unglücklichen, die im Schnapsbergessenheit für ihre Sorgen suchen; man bestraft, wenn die furchtbare Anbitterung der weiblichen Arbeitskraft bei der elendlichen Entlohnung „als weibliche Person“ (1) in der gewerbsmäßigen Schande den Lebensunterhalt zu suchen zwingt; aber wird durch diese Strafen auch nur einem einzigen dieser unglücklichen Menschen geholfen?

Die Ausschuldschaften der Ferienkolonien sind jedenfalls nicht die Ursache, daß sich die Zahl der sich freiwillig zum Militärdienst meldenden jungen Leute vor Beginn des militärpflichtigen Alters im letzten Jahre um 12 1/2 v. H. vermehrt hat, d. h. von 15 922 im Vorjahre auf 18 154 gestiegen ist. Wie viel Roth und Elend mag der größte Theil dieser jungen Männer erlitten haben, bis sie freiwillig ein Joch auf sich nahmen, das Hunderttausende je eher desto lieber abschütteln. Eine Folge der Roth und des Elends in der kapitalistischen Gesellschaft ist auch die Zunahme der Militärdienstuntauglichen, die im Jahre 1894 um nahezu 10 v. H. stieg, nämlich von 30 496 im Vorjahre auf 33 303. So wird durch die heutige kapitalistische Ausbeutung die Wehrkraft der Nation geschwächt, und dazu schreiten die Anhänger des Geldbaß von ihrem Patriotismus und schäme über die Sozialdemokratie, welche die heutigen traurigen Zustände befeitigen will und die Handwerker Bourgeoisie brandmarkt, als über eine vaterlandslose Bande.

Stills für die Jungmänner. Um die Rechte einer Zwangssetzung zu genießen, empfahl der Kaufmann J., welcher in Kiel eine Schlichterei erworben hatte und als solcher keine Lehrlinge halten durfte, seinem Geschäftsführer D. die Ablegung der Meistersprüfung. Die Jungmänner nahmen den Pfandarbeiter D. auch in ihre Jungmänner auf, doch hatte D. von dieser Ueberzeugung nur wenig Nutzen, da sein Chef inzwischen das Geschäft wieder verkauft hatte. Eine vor dem Gewerbeamt erledigte Lohnforderung bedeuete vorstehendes Verhalten auf und diente in Deutschland nicht vorzuziehen dastehen — ein Festes, welchen Werth die Jungmänner haben, da sie dem Kapital in irgend einer Form doch unterliegen.

Begen Ausbeutung jugendlicher Arbeitskräfte (vorklaßmäßiger Verwendung jugendlicher Arbeitskräfte, Bezogen gegen die Gewerbeordnung) wurden vom Kamptener Landgericht die Fabrikdirektoren Gottfried Eimer und Hans Spöri von Bergheim, Ersterer zu 1000 M., 100 Tagen Gefängnis und Letzterer zu 300 M., 30 Tagen Gefängnis verurtheilt. Hoffentlich wird ihnen dies für die Zukunft zur heilsamen Lehre dienen.

Wenig Submissionsantrag. Von den zum Ankauf der Eißbaumer Altens-Schnapsfabrik eingegangenen Offerten betrug die höchste Forderung 711 443,46, die niedrigste 391 388,74; das ist eine Differenz von 320 054,72. Der billigste Unternehmer wird zweifellos auf die polnischen und italienischen Arbeiter referirt haben, die bekanntlich mit einem noch geringeren als fruchtbarer geizigen sind.

Wo ist die Ausbeutung der Arbeiter am größten? Herr Hülsen, ein englischer Minister, erklärte einer Deputation der Gewerkschaften Englands, welche die Bekämpfung des Cardiff-Landes-Ansehens beabsichtigte, daß das gewerkschaftliche Werk am meisten Nutzen, wo die Arbeiter eines Gewerbes nicht genügend organisiert sind; er wünschte, daß sich alle Gewerbe besser organisieren, denn nur eine feste Organisation kann mit Erfolg gegen die Ausbeutung ankämpfen. Ein Mann, der die Arbeiter dringend ermahnt, sich zu organisieren, wird in England Minister; in anderen Staaten werden Minister die Organisationen auseinander.

Protest jüdischer Arbeiter in London. Bekanntlich nahm der englische Gewerkschaftskongress in Cardiff eine Resolution an, daß die Einwanderung mittelösterreichischer Ausländer verhindert werden solle, weil diese, wie man sagte, infolge ihrer Bedürfnisse die Lebenshaltung der englischen Arbeiter herabdrückten. Bei einem Theil mag das stimmen, im Ganzen aber hat die Erfahrung vielmehr gezeigt, daß die Einwandernden sich ziemlich schnell die höhere Lebenshaltung der neuen Heimath angewöhnen oder jedenfalls ihre Forderungen den neuen Verhältnissen anpassen. Es wird auf die Thatfache verwiesen, daß von etwa 10 000 russisch-jüdischen Arbeitern 3000 gewerkschaftlichen Vereinen angehören — ein sehr viel höherer Prozentsatz als in den betreffenden Industrien die heimischen Arbeiter stellen — und daß es gar keine Seltenheit ist, daß in Fällen, wo die fremden Arbeiter in Ausstand treten, eingeborene Arbeiter Blattdienst verrichten. Das von über 6000 Personen besuchte Meeting, auf dem mehrere bekannte Sozialdemokraten und eine ganze Anzahl Vertreter jüdischer und englischer Gewerkschaften sprachen, faßte zum Schluß einstimmig folgende Resolution:

Nachdem die Mehrheit der organisierten britischen Arbeiter sich durch grundlose Anklagen, grobe Entstellung und Verbreitung der Thatfachen seitens einiger Arbeiter-Führer dazu hat verleiten lassen, auf ihrem 28. Jahreskongress die Regierung zu erforschen, Arbeiter, die alle für rechte Staatsbürger erforderlichen Eigenschaften besitzen mögen, aber deren einziger Fehler ihre Vermuth ist, das Land an freien Ufer Englands zu verbielen, und in Erwägung, daß diese nutzlose, unengliche Maßregel den Arbeitern dieses Landes als Heilmittel gegen Uebel vorgehalten, die dem ungerechten wirtschaftlichen Konkurrenzsystem entspringen, erklären die versammelten jüdischen Arbeiter, gegen welche die vergüteten Pfeile in erster Reihe gerichtet sind, daß wir diesen gegen uns gerichteten Streuzug und seine Anführer auf's schärfste verurtheilen. Wir appellieren an die britischen Arbeiter, die andere Seite zu hören, und hoffen, daß die Regierung Maßregeln im Parlament einbringen wird, die die Interessen der Arbeiter besser schützen, als die in der Resolution gegen die fremden Arbeiter vorgeschlagenen Gesetze.

Bekanntlich hat die konservative Regierung sich der Gewerkschaftsdeputation gegenüber bereit erklärt, „etwas“ gegen die fremden Arbeiter zu thun. Da sie mit einem Vorgehen, wie es die Urheber der Forderung wünschen, vielen ihrer kapitalistischen Parteigänger arg in's Fleisch schneiden würde, kann sie aber auf jeden Fall nur eine Mißgeburt zu Stande bringen — selbst vom Standpunkte der Jungmänner aus. Inzwischen kann der obige Protest als höchst zeitgemäß bezeichnet werden.

Was die Bekämpfung der Trunkucht in Stockholm einbringt. In Stockholm besteht eine Gesellschaft nach Gothenburger System, die das Schankwesen der Stadt in Händen hat, soweit Branntwein und feinere Spirituosen in Betracht kommen. Der Großhandel befindet sich in Händen Privater. Laut Vertrag mit dem Magistrat darf die Gesellschaft nicht mehr als 80 Verkaufsläden und 150 Auskankstellen haben. Von den letzteren hat sie jetzt 141. An Verbindlichkeiten hatte die Gesellschaft der Stadt gegenüber laut einem Verträge, der am 1. Oktober 1892 geschlossen und am 1. Oktober 1893 abgelassen ist, folgende: Sie zahlte der Stadt außer einem festen Betrage für die verfloßenen drei Jahre von 108 500 Kronen den Gewinn des Unternehmens, abzüglich 6 v. H. Zinsen, die die Gesellschaft zurückbehält. Der Nettogewinn derselben betrug im Jahre 1892/93 1 634 692,34 Kronen, welcher der Kommune zur Verfügung gestellt ist. Es kam somit durch die Thätigkeit der Gesellschaft der Stadt zu Gute der obengenannte Betrag von 103 500 Kronen, zusammen 1 738 192,34 Kronen. Der in den Jahren 1878—1893 an die städtische Kaffe abgelieferte Gewinn betrug im Durchschnitt jährlich 1 240 359,42 Kronen.

Während der Schnapskonsum seit 1877 von 26,56 Liter pro Kopf der Bevölkerung auf 14 Liter gesunken ist, hat die Summe des Nettogewinns trotzdem zugenommen, wie der durchschnittliche Nettogewinn aus den früheren Jahren zu dem Ueberschuß des Jahres 1893 zeigt. Dies kann nur möglich gewesen sein, indem die Gesellschaft den Preis für Schnaps ganz unverändert gehalten hat. Ob sie beabsichtigt war, als Ersatz für den theuren Fufel "Mägere und bessere Getränke für die Arbeiter, die doch vornehmlich auf den Fufel infolge geringer Verdienste angewiesen sind, herzustellen, wissen wir leider nicht. In dem uns vorliegenden Bericht steht davon kein Wort. Das Eine ist sicher, daß sowohl die Fufelgesellschaft als auch die Stadt unter dem Deckmantel der Bekämpfung der Trunkucht ein brillantes Geschäft gemacht hat. D, diese Heuchler und Hals-abschneider!

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Infolge mehrfacher Aufforderung und weil sich mit der Zeit die Nothwendigkeit immer mehr ergeben hat, ist vom Vorstand beschlossen worden, fortan alle verlorenen Mitgliedsbücher in der Zeitung zu veröffentlichen und für ungültig zu erklären. Für die verlorenen Bücher sollen in der Regel Ersatzbücher mit der gleichen Nummer ausgegeben werden, welche aber durch die Bezeichnung als „Ersatzbücher“ kenntlich zu machen sind.

Die Buchführerbeamten wollen uns jeden Verlußt eines Mitgliedsbuches stets sofort an uns melden, und zwar ist genau anzugeben die Buchnummer, sowie Name, Gewerbe, Geburtsort und Tag des betreffenden Mitgliedes.

Gehörte das Mitglied der betreffenden Zahlstelle an, so kann deren Verwaltung des Ersatzbuches ansuchen, wozu unnummerierte Bücher vom Vorstand zu beziehen sind.

Auf der Reise befindliche Mitglieder sind in diesem Falle jedoch stets an den Verbands-Vorstand zu verweisen, dieselben haben dem Gesuch um Auffertigung eines Ersatzbuches den Betrag von 10 M. (10) beizufügen.

Folgendes Mitgliedsbuch ist verloren gegangen und wird hiermit für ungültig erklärt:

47507 Ferd. Crull, Tischler, geb. 22. Sept. 1862 zu Waren. Stuttgart, 21. Dezember 1895.

Der Verbandsvorstand.

Verbands-Nachrichten.

Stuttgart, 21. Dezember 1895.

Seit dem letzten Bericht sind folgende neue Zahlstellen errichtet worden. Groß-Aspach (Karl Roler, bei Schreinermeister Friedrich Zwider); Magdeburg-Buda (Aug. Mühlbrodt, Wehrstr. 4); Pyrmont (F. Bach, bei Schlachter Schüge, Dehdorf-Pyrmont); Ratingen (Alwin Götter, Drechsler, Grünstr. 19a); Wildeshausen (H. Brunneleit, beim Herbergswirt H. Kollege); Wittenberg, Bezirk Halle (Mag. Zeit, Tischler, Jüdenstr. 19); Schopau i. S. (Paul Dietrich, Tischler, Weierstr. 679).

Die Zahlstelle Soldin ist eingegangen.

Mit Rücksicht auf die bevorstehende Quartalsabrechnung sei hiermit an folgende Vorschriften erinnert, deren Befolgung die Zahlstellenbeamten sich ganz besonders angelegen sein lassen sollten:

- 1. Das Quartal schließt mit dem 31. Dezember, ohne Rücksicht auf etwaige Restanten. Nachträgliche Beitragszahlungen sind im ersten Quartal des neuen Jahres zu verrechnen.
2. Die Bücher sind möglichst sofort am Ende des Quartals abzuschließen, ebenso muß dann die Abrechnung umgehend aufgestellt und von den Revisoren geprüft werden.
3. Jede Abrechnung muß von dem Bevollmächtigten, Kassierer und den Revisoren unterzeichnet werden.
4. Die Unterschrift der Abrechnung besagt, daß Bevollmächtigte und Revisoren die aufgestellte Abrechnung nach bestem Wissen als richtig anerkennen.
5. Jedes Mitglied der Lokalverwaltung muß darauf sehen, daß die Abrechnung bis spätestens 15. Januar an die Hauptkasse eingekandt wird.
6. Der für die Hauptkasse bestimmten Abrechnung müssen Belege für alle Ausgaben beigelegt werden.
7. Die der Abrechnung beigefügten Reiselegitimationen müssen stets mit dem Zahlstellenstempel und dem Datum der Auszahlung der Reiseunterstützung versehen sein.
8. Bei abgereisten Mitgliedern ist in der Abrechnung unter Bemerkungen auch das Datum der Abreise zu vermerken.
9. Die zum Abenden fertiggestellte Abrechnung ist nicht gedankenlos in den Briefkasten zu werfen, sondern der Absender muß daran denken, daß Briefsendungen über 15 Gramm Gewicht 20 Pf. Porto kosten.
10. Die Abrechnungen sind nicht an den Revisor, sondern an den Vorstand des Verbandes zu adressieren.
11. Die Verbandsgelder des Quartals sind möglichst noch im Monat Dezember an die Hauptkasse zu senden.

Korrespondenzen.

(Die Schriftführer der Zahlstellen und Vereine werden dringend ersucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben.)

Hannover. Am 16. Dezember sprach Genosse Strich in einer öffentlichen Tischlerversammlung über: 'Der Kampf der Arbeiter um ihre Existenz.' Seine Ausführungen waren äußerst trefflich. Interessant waren die statistischen Nachweise, daß die Arbeiter nicht in der Lage seien, bei den Jahreslöhnen zu existieren. So hatten nach einer Statistik des Professors Soetbeer, die derselbe auf Grund der Steuerlisten aufgestellt, 94 pSt. sämtlicher preussischer Stenerzahler nur ein Einkommen bis M. 914, darunter seien allein 41 pSt., welche nur über ein Einkommen bis M. 420 zu verfügen hätten.

Feinze, persönlich geladen, jedoch zur Antwort bekommen, daß die Zeit zu knapp gewesen sei, die Innung um ihre Meinung über die allgemeine Wiedereinführung der 1890 festgesetzten Bedingungen zu befragen. Zur Sache selbst berichtete Redner, daß von den der Innung angehörenden 192 Meistern nur noch 12 die 1890 festgesetzten Bedingungen innehalten, was mit den Richtungsmeistern zusammen rund 40 Geschäfte, die die festgelegten Preise hochhalten, ausmache. Diese 40 Geschäfte, hauptsächlich größere Werkstätten, beschäftigen annähernd 500 Kollegen. Der Lohn sei in den übrigen Werkstätten verschiedentlich, sogar hier und da bis auf M. 15 und 14 herabgesunken. Nachdem Redner die Verhältnisse kritisiert, tritt er dafür ein, daß zunächst die Organisation noch mehr geträgt und dann zum nächsten Frühjahr in eine Lohnbewegung eingetreten werden möge.

Einbeck. Die Verhältnisse hier am Orte lassen noch viel zu wünschen übrig. Die Gesellen sind beim Meister in Kost und Logis, der Lohn schwankt zwischen M. 4-7 pro Woche bei einer elf- bis zwölfstündigen Arbeitszeit. In der Werkstattscherei von F. Menge arbeiten durchschnittlich vier Gesellen und noch drei Söhne, von denen der älteste Sohn als Geschäftsführer fungiert. Derselbe hat kürzlich den Kollegen, welcher an die drei dort arbeitenden Kollegen die 'Holzarbeiterzeitung' abliefern wollte, aus dem Hause gewiesen mit der Bemerkung: 'So was gibt es hier bei mir nicht.'

Leer. Vor Kurzem referierte Kollege Kahl aus Bremen über die Lage der Holzarbeiter und das Mittel zu deren Verbesserung. Redner führte an der Hand von Statistiken aus, daß die Lage der Holzarbeiter keine sehr rosig sei; niedere Löhne, lange Arbeitszeit, schlechte Ventilation und Beleuchtung der Arbeitsräume, sowie das immermehr wachsende Heer der Arbeitslosen drücken unsere Lebenslage herunter. Eine straffe Organisation könne Maches bessern und sei deshalb Pflicht jedes Kollegen, seine Mitarbeiter aufzuklären, um sie zur Organisation heranzuziehen.

Essen a. d. Ruhr. In unseren beiden letzten Mitglieder-

führung der zehnstündigen Arbeitszeit. Von Seiten mehrerer Kollegen wurde betont, daß das kommende Frühjahr eine günstige Gelegenheit biete, für dieselbe einzutreten. Da hier noch 11-12 Stunden gearbeitet würde, sei es an der Zeit, nachdem man seine traurige Lage erkannt habe, eine Verkürzung der Arbeitszeit anzustreben. Daß die Verhältnisse hier im Reich des Königs Krupp durchaus keine rosig sind, geht wohl schon daraus hervor, daß das bereits nun Großstadt werden wollende Essen eine so lange Arbeitszeit aufzuweisen hat. Die Stimmung unter den Kollegen ist also sehr günstig zu bezeichnen. Alle haben es eingesehen, daß wir mit der obigen Forderung nur einen bescheidenen Anspruch auf ein zustehendes Recht erheben. Mit der größten Sorgfalt und dem größten Eifer soll jetzt schon für diese Sache agitiert werden.

Magdeburg-Neustadt. In unserer letzten Mitglieder-

Berlin. Am 15. Dezember beschäftigte sich eine Versammlung der Parlettbodenleger mit der Lohnreduktion der Firma Kampmeier. Fortgesetzt seien die Löhne reduziert worden; auch jetzt, nach Weihnachtseisen, seien sie mit einer solchen bedacht. Eine Arbeit, die vor zehn Jahren noch einem Worb-lage mit M. 1,30 und zuletzt mit 85 Pf. berechnet wurde, sei jetzt den Arbeitern mit 70 Pf. angeboten worden. Und die Ersten, welche sich weigerten, die Arbeit dafür zu machen, hätten einfach Buch und Karte und hiermit ihren Abschied bekommen; darunter ein Arbeiter, der seine Kraft der Firma 30 Jahre lang zur Verfügung gestellt habe. Es sei von der Firma ein neuer Tarif ausgearbeitet worden, worin alle Preise ermäßigt wären, und für bestimmte Arbeiten sei sogar, im Gegensatz zu früher, die Berechnung einer jebe-maligen Verabredung vorbehalten, wodurch der Willkür Tür und Thor geöffnet würde.

Schönan i. Bicsenthal. In der Bürstenfabrik des Herrn Gasserich wurde am 7. Dezember zwei Kollegen gekündigt, weil sie nach Angabe des Fabrikanten mit den Vätern unzufrieden gewesen seien; in Wirklichkeit sind sie aber deshalb entlassen worden, weil sie die in der Fabrik beschäftigten Arbeiter bewogen haben, sich dem Deutschen Holzarbeiterverbande anzuschließen. Vor Kurzem ließ Gasserich einen Kollegen aus Kaspar kommen, dem er hohen Lohn versprach, mehr als er bisher bei Schmidt in Wägenbrunn einem Filialinhaber von Gasserich verdienen könne, was durchaus nicht der Fall ist. Der Kollege, welcher auch Mitglied des Verbandes ist, sträubte sich zu kommen, aber eine Dellecke an Schmidt in Wägenbrunn, daß er hohen Lohn und dauernde Arbeit verspreche, gab ihm doch Anlaß, dem Drängen Gasserich's nachzugeben; und er kam mit Sack und Pack, mit Hund und Kegel, hatte aber keine Wohnung. Seine Sachen wurden in einer Scheune untergebracht, und er, seine Frau und drei Kinder mußten 14 Tage lang in einem Gasthaus übernachten. Später bekamen sie ein Logis eine Stunde entfernt von der Fabrik. Die Arbeit währte 12 Stunden und der Verdienst betrug für 14 Tage M. 24-26, ausnahmsweise bei Nachtarbeit M. 30. In der Fabrik sind 100-110 Personen, darunter 10-12 jugendliche Arbeiter beschäftigt, welche letztere aber auch bis vor fünf Wochen zwölf Stunden arbeiten mußten. Herr Regierungs- und Gewerbeamt Dr. Wörriehofer schickte diebeiläufig gelegentlich einer Fabrikinspektion um 6 Uhr nach Hause. Jetzt arbeiten sie aber trotzdem wieder bis um 7 Uhr, desgleichen müssen auch die Frauen zwölf Stunden arbeiten. Darum ist ersichtlich, wie wenig sich der Herr Fabrikant um die amtlichen Anordnungen und um die Gewerbeordnung selbst kümmert. Eine Fabrik-ordnung besteht, die unseres Erachtens Bestimmungen enthält, die mit der Gewerbeordnung nicht im Einklang stehen. Wer dieselbe nicht unterschreiben will, kann innerhalb 14 Tage gehen. Zugereisten Arbeitern sagt Herr Gasserich, wenn sie die Fabrikordnung unterschreiben sollen, es handle sich um die Invalidentarte, daß diese abgegeben sei. Arbeiter am Orte unterschreiben dieselbe nicht. (§ 134 der Gewerbeordnung schreibt vor, daß den großjährigen Arbeitern Gelegenheit gegeben werden muß, sich über den Inhalt der Arbeitsordnung zu äußern. In Fabriken, für welche ein ständiger Ausschuss besteht, wird dieser Vorrichtung durch Anhörung des Ausschusses über den Inhalt der Arbeitsordnung gewährt. In beiden Fällen darf also, wie im übrigen wird, der Fabrikant die Fabrikordnung nicht 'auf eigene Faust' bestimmen. Warum aber machen Sie dem Herrn Gewerbeamt Dr. W. von der Fabrikordnung nicht Mitteilung? D. Red.) Das Herr Fabrikant Gasserich es versteht, ein Geschäft zu machen an seinen Arbeitern, legt daraus hervor, daß viele von ihnen bei ihm in Kost und Logis sind und pro Tag M. 1 bezahlen müssen. Jedes Jahr schlachtet er 10 bis 12 Schweine, natürlich bloß des fetten Specks wegen, den die Arbeiter so gerne essen mögen, an Schinken usw. verkaufen sie sich ja den Hagen!! Unter den Bürstenmachern helfen bei der Fertigung des fetten Specks auch noch einige Viehhirten, die er Metzgers Beschäftigung zur Winterzeit in ihrem Gewerbe in der Fabrik mit unterbringt; und solche Arbeiter machen im Schwarz-weiß in Bürstenmacherei. Am 12. Dezember sprach Kollege

Hoppeln um Arbeit vor und bekam auch solche auf Bechen. „A 1,10 gibt es pro 1000 Loch saummt Ausputzen!“ antwortete der Beschäftigte...

Eingekandt.

Fort war der Kampf, und freud- und ehrenvoll der Sieg bei der Kreiswahl. Interessant war das Verhalten unserer Gegner vor der Wahl anzusehen. Feinde hatten wir ringsumher.

Der evangelische Pastor Stark predigte im katholischen Arbeiterverein „Unitas“ und mahnte zur Einigkeit und zum Kampf gegen die Sozialdemokratie. Herrliche Frontal-Debatte im Kreiswahlkomitee...

Nach sei noch bemerkt, daß der eine Arbeitsschmer der Holzwerker, der den Gegnern zuzufallen, nur mit Hilfe der Arbeiter der Behälter Betriebsverhältnisse gewählt wurde...

Bei all dem Nachdruck, welche die Gegner in Anwendung bringen, ist die Sozialdemokratie nicht zu unterschätzen; sie brachte es im Falle der Holzerei und in Hinsicht der Arbeiter...

Nachdem ich mir hier an dieser Stelle ein Wort zu dem Artikel „Wie gewinnen wir die Holzerei?“ erlauben möchte, möchte ich die Holzerei jedes Sonntag bei der Holzerei der Holzerei...

Karl Ort, Vorsitzender der Holzerei...

Die Holzarbeiter der Holzerei... Kollegen! Seit mehreren Jahren ist es nun einmal so Mode geworden, daß jedes Jahr die Wahlen der Arbeiter...

macht würde, nicht in der Lage seien, höhere Löhne zu zahlen. Diese Konkurrenz wäre unmöglich, wenn die Reichsrenten nicht für sich außerst niedrige Löhne arbeiten würden...

Kollegen der Holzmaschinenbranche! Nehmt Euch meine schlichten Worte zu Herzen und erachtet aus Eurem Schlummer, tretet dem deutschen Holzarbeiterverbande bei...

Verband deutscher Korbmacher.

Korrespondenzen.

Berlin. In unserer letzten Mitgliederversammlung machte die Lohnkommission den Tarif in der Faddigrohrmühlbranche bekannt. Sekundäre Arbeit: Tafelstühle 4, 2, Sägebodstühle 4, Sopha (gebuchte) 7,50...

Streiks und Lohnbewegungen.

Oesterreich. In Wien bereitet sich eine interessante Lohnbewegung unter den Perlmutterdrechslern vor. Der Meisterverein forderte nämlich die Gehältern der Lochknopfbreunde auf, sie wögen ihnen ebenfalls einen geregelten einheitlichen Lohnstarif vorlegen.

Dänemark. In Kopenhagen sind mehr als 500 Schiffsarbeiter in den Ausstand getreten. England. Gleich den Schiffbauern am Clyde und in Belfast fordern auch die Schiffszimmerer in Glasgow Lohnsteigerungen.

Amerika. Im Schneidergewerbe in New York sind zwischen Unternehmern und Arbeitern Feindschaften ausgebrochen. Falls der angebrochte Streik beginnt, werden 18 000 Arbeiter daran teilnehmen.

Gewerkschaftliches.

Mit der General-Kommission löst das bisherige Verhalten der Verband der Holzpolier in Berlin. Der Vorsitzende R. Weber beauftragte, den Verbandsleiter anzuschreiben, mit der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands die nachstehenden Punkte abzusprechen...

Eine Klaffende Kluft, die die Holzarbeiter der Holzerei... Holzarbeiter, erhebt der Verband des Holzarbeitervereins der deutschen...

Bildhauer vom Berliner Polizeipräsidenten zugeführt, und zwar handelt es sich um Beschlüsse, die in Sachen der einzelnen Unterabteilungen gefaßt worden, da das Statut von Bestimmungen über solche verschont bleiben mußte...

Die die „Bildhauerzeitung“ mittheilt, weigerte sich der Vorstand nicht etwa, weil er den Behörden etwas zu verheimlichen hat, sondern weil die Gefahr vorlag, nachher wegen Vergehens einer ungeheuerlichen That bestraft zu werden.

Der Zentralvorstand erhielt also wegen der Weigerung ein Strafmandat von M. 30; es wurde jedoch gerichtliche Entscheidung anrufen. Der erste Termin vor dem Schöffengericht hat stattgefunden, wurde aber vertagt.

Eine Arbeitslosenstatistik will der deutsche Metallarbeiterverband aufnehmen. Wie verlautet, handelt es sich um Material für eventuelle Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Die Statistik wird sich auf das ganze nächste Jahr erstrecken...

Der Gewerbeverein christlicher Bergleute hielt in Vorbad bei Essen am 16. d. M. seine Generalversammlung ab. Von 150 000 Bergleuten des Ruhrreviers zählt der Verein die lächerlich geringe Zahl von nur 5400 zu seinen Mitgliedern.

Wieder einmal eine neue Tapeziererzeitung wollen sich die Hamburger Tapezierer zulegen, weil sie mit der in Berlin erscheinenden „Sattler- und Tapezierer-Zeitung“ insoweit nicht zufrieden sind, als diese ihre, die Tapeziererinteressen, nicht genügend vertritt.

In Leipzig erscheint eine „Zeitschrift für Graveure und Ciseleure“, dieselbe erscheint alle drei Wochen und kostet vierteljährlich 40 M. Die schweizerischen Buchbinder haben sich unter dem Namen „Buchbinder-Post“ ein Kampforigan gegründet.

Der Streikbrecherverein der Glaser in Zürich zählt 36 Mitglieder und hat, wie das „Holz“ wissen will, bestimmte Aussicht, daß er sich bedeutend vergrößert. Leider bebauerlich, daß sich immer noch Kreaturen unter den Arbeitern finden, die ihren eigenen und den Interessen ihrer Mitarbeiter schnurstracks entgegenarbeiten.

Ein Lohnkampf von internationaler Bedeutung wird sich voraussichtlich über kurz oder lang in der Schweiz abspielen. Von den Betriebsangehörigen der schweizerischen Eisenbahnen wird nämlich ein allgemeiner Streik geplant.

Warum die Pfaffen gewerkschaftliche Arbeitervereine gründen, das bemerkt folgendes Verzeichnis in Tübingen (Württemberg). Dort wurde ein Arbeiterverein der Weber gegründet, dem sogleich 400 Weber als Mitglieder beitraten.

Warum die Pfaffen gewerkschaftliche Arbeitervereine gründen, das bemerkt folgendes Verzeichnis in Tübingen (Württemberg). Dort wurde ein Arbeiterverein der Weber gegründet, dem sogleich 400 Weber als Mitglieder beitraten.

gegen den neuen Verein vorzugehen. Fast zu gleicher Zeit faßte die Gewerkschaft den Beschluß, in den verschiedenen Gewerben Fachvereine zu gründen. Wie reihte sich das zusammen? Die Sache ist einfach. In Tilsburg sind noch keine guten Arbeiterorganisationen vorhanden. Die Arbeiter schlieft hieselbst bis jetzt den tiefen Schlaf des Unschuldigen. Dieser ideale Zustand soll bestehen bleiben. Wenn die Arbeiter sich jedoch einmal organisiert haben, so ist die Ruhe auf ewig dahin. Also keine Organisation, nicht einmal unter geistlicher Vormundschaft. In Raasdorf jedoch giebt es kräftige Fachvereine, die bis jetzt auf politisch neutralem Standpunkt stehen. Da nimmt sich die Weislichkeit der Organisation an, da wirkt sie, getreu ihrer Forderung: „Thelle und herrsche“, den Fingerring in die Arbeitervereine hinein. Offentlicher kann der Zweck dieser katholischen Arbeiterfreundlichkeit nicht zu Tage treten.

Unter den „Mittlern der Arbeit“, dem einst mächtigen amerikanischen Gewerkschaftsbunde, ist eine Spaltung eingetreten. Der Bund der Arbeiter ist durch seine fehlerhafte Taktik fast zurückgegangen und zählt nur noch 30000 Mitglieder. Von diesen haben 20000 Mitglieder ihren Austritt erklärt, um einen selbstständigen Verband zu gründen, der mehr den Grundfragen der sozialistischen Arbeiterbewegung entspricht.

Der frühere Präsident der amerikanischen Fédération of Labour, Samuel Gompers, ist als solcher jetzt wieder gewählt worden, nachdem 2 Jahre hindurch John Mc Bride auf diesem Posten stand.

Geriichts-Chronik.

Groben Anflug durch Veröffentlichung einer Notiz, daß aber mehrere Berliner Baugeschäfte die Spere verhängt sei, sollte der Redakteur des „Bauhandwerker“ und der Vertrauensmann der Berliner Zimmerer verurteilt haben. Beide wurden freigesprochen.

Freigesprochen von Strafe und Kosten wurde vom Landgericht der Maurer Langenstein in Plauen, der vom Schöffengericht dajelbst wegen Uebertretung des § 153 d. S. O. zu einer Woche Gefängnis verurteilt worden war. Er hatte die Aeußerung gethan: „Das ist ein Streikbrecher!“ Das Landgericht entschied, daß die vom Schöffengericht dem Angeklagten beigegebene Handlungsweise die Thatbestandsmerkmale des § 153 selbst dann nicht enthalte, wenn die inkriminierte Aeußerung wirklich gefallen sei.

Reichsversicherungsamt. Der Braumeister Siegel, welcher der Dominalbrauerei zu Groß-Walitz in Westpreußen vorkam, mußte eines Sonntags im Interesse derselben bezw. der Gutsherrschaft nach Briesen fahren. Die Kaufleute Bakiewski und Sab, welche stets erhebliche Quantitäten Bier von der Dominalbrauerei entnahmen, hatten an einer Biertieferung viel aufzusetzen gehabt und Siegel sollte die beiden Abnehmer wieder zufriedener stellen. Unterwegs wurden die Pferde plötzlich scheu und tobten berast, daß S. aus dem Wagen stieg und sich das Anlegelent des rechten Beines arg verlegte. Der dann von S. geltend gemachte Anspruch auf Unfallrente wurde sowohl von der Brauerei- als Wäznerel-Versicherungsgesellschaft, wie auch von deren Schiedsgericht zurückgewiesen. Das letztere bezeichnete in seinen Gründen die Thätigkeit des Klägers, zu deren Ausführung er sich des Wagens bediente, als eine rein kaufmännische, welche nicht den Gefahren des eigentlichen Brauereibetriebes unterworfen sei. Jeder Kaufmann, dessen Waare von den Abnehmern bemängelt werde, sei zu Verhandlungen gezwungen, wie sie der Kläger bei der unglücklichen Fahrt beabsichtigte. Demzufolge habe aber die beklagte Versicherungsgesellschaft nicht für den Unfall einzutreten. Das Reichsversicherungsamt hob das Urteil jedoch mit folgender Begründung wieder auf: Die fragliche Thätigkeit, welche der Belegte am Unfallstage auszuführen gedachte, sei allerdings an sich mehr als eine kaufmännische zu betrachten. Dennoch könne unter den obwaltenden Umständen nicht angenommen werden, daß er durch ihre Vornahme aus dem Rahmen seiner verschiedenen Betriebsthätigkeiten hinaustrat. Bestimmend sei hier für die Annahme eines entschuldigungsplchtigen Betriebsunfalles, daß der Kläger nach seinen Obliegenheiten als Braumeister für gewöhnlich dem technischen Theil des Brauereibetriebes angehört und daß es sich vor allem nur um eine kleine läbliche Brauerei handelte, in der technischer und kaufmännischer Betrieb sich nicht so streng scheidet, wie in großen Anstalten.

Eine Schlaganfall machte dem Leben des Malers Schumacher ein Ende, als derselbe sich nach vollbrachtem Tagewerk reinigend wollte, um sein Heim anzuflicken. Die nordöstliche Baugewerkschaftsgesellschaft lehnte die Rentenansprüche seiner Hinterbliebenen mit der Begründung ab, daß ein Unfall nicht vorliege, sondern daß ein innerer Vorgang den Tod Schumacher's herbeigeführt habe; dieser sei nämlich, wie ein ärztliches Gutachten ergebe, ein Schlaganfall disponirt gewesen. Das Schiedsgericht verurteilte jedoch die Beklagte, und zwar auf Grund der Feststellung, daß der Verstorbenen nach angestrebter Arbeit noch einem mit Farbe gefüllten Eimer in das vierte Stockwerk des fraglichen Gebäudes getragen hatte. Diese Arbeit habe als eine besonders schwere den ungünstigen Einfluß ausgeübt und den todbringenden Anfall in's Gebirn veranlaßt. Das Reichsversicherungsamt gab dem Rekurse der verurtheilten Versicherungsgesellschaft statt. Es handelte sich zwar um einen Schlaganfall, der nach der Arbeit eintrat, jedoch nicht um einen Unfall im Sinne des Unfallversicherungsgesetzes. Das Streichen von Fußböden, welches Schumacher am Unfalltage vorgenommen habe, und das Transportieren eines 40 Pfund schweren Farbengefäßes seien nicht so ungewöhnlich schwere Arbeiten, um die Annahme zu rechtfertigen, daß der Schlaganfall lediglich darin seine Ursache habe. Angenommen wäre nur werden, daß die gehabte Anstrengung die Gelegenheitsveranlassung für den Tod eines Mannes gäbe, der gelegentlich doch einem Schlaganfall erliegen könnte. Im Uebrigen sei als Unfall nur eine Einwirkung auf das Verperrliche Gebirn anzusehen, die zeitlich bestimmt begrenzt sei. Die Folge gleichmäßig fortwährend anstrengender Arbeit könne nicht als Unfallfolge betrachtet werden.

Die Frage der Abfindung von Ausländern bezweckt das Streikverfahren zwischen dem Bauarbeiter Bund und der Schiffs-Holzarbeiter Baugewerkschaftsgesellschaft einen ganz interessanten Beitrag. Doch, welcher russischer Arbeiter A. beyo infolge eines Unfalles eine Rente. Er beantragte nun bei der genannten Versicherungsgesellschaft, ihm ein Entgelt zu zahlen eine Kapitalabfindung zu gewähren. Die Versicherungsgesellschaft

kam dem nach und sprach ihm durch Bescheid vom 10. November 1894 den dreifachen Betrag der Jahresrente zu. Hiermit gab sich aber doch nicht zufrieden, er legte Berufung ein und verlangte den fünffachen Betrag seiner Jahresrente, eventuell wollte er die Rente weiter haben. Die Berufungsgesellschaft erhob den Einwand, daß nach der einschlägigen Bestimmung des Unfallversicherungsgesetzes bei Kapitalabfindungen nur der dreifache Betrag der Jahresrente zu gewähren sei. Das Schiedsgericht war jedoch anderer Meinung. Der § 39 des zitierten Gesetzes spreche aus, daß Ausländer mit dem dreifachen Betrage der Jahresrente abgefunden werden können, womit nach der Uebersetzung des Gerichts nicht gesagt sei, daß jede der zulässigen Abfindungen diesen Betrag nicht übersteigen dürfe. Der Gesetzgeber könne nicht gewollt haben, daß ungleichartige Fälle gleichartig abgefunden werden. Den dreifachen Betrag zu nehmen, sei Kläger nicht verpflichtet gewesen. Das Urteil fiel zu Gunsten des Klägers aus. Das Reichsversicherungsamt als Rekursinstanz erklärte aber im Gegensatz zum Berufungsgericht die dem Kläger durch den Bescheid vom 10. November 1894 zugesprochene Abfindung in Höhe des dreifachen Betrages der Jahresrente für genügend. Der Wortlaut des § 39 des Unfallversicherungsgesetzes sei von der Versicherungsgesellschaft ganz richtig dahin ausgelegt worden, daß die Kapitalabfindung für Ausländer stets auf den dreifachen Betrag der erhaltenen Jahresrente zu bemessen sei.

In einem Zivilstreit der Berliner Ortskrankenkasse der Handlungsgesellschaft gegen einen Arbeitgeber wegen fahrlässiger Verletzung der ihm nach §§ 49 und 50 des Krankenversicherungsgesetzes obliegenden Unfallverpflichtung hat das dortige Landgericht eine Fahrlässigkeit nicht darin erkannt, daß der Beklagte sich zur schriftlichen Anmeldung einer einfachen Postkarte bedient hat. Die Postkarte war nach glaubwürdigem Zeugnis richtig adressirt, soll aber nicht angelangt sein. Die 16. Zivilkammer sagt nun: „Die Reichspost ist, wie gerichtskundig, eine zuverlässige Behörde. Der Beklagte durfte daher annehmen, daß die Qu. Postkarte der Klägerin ordnungsgemäß zugestellt werde. Eine Aufferachtlassung der gehörigen Aufmerksamkeit und Vorsicht ist in einer solchen Annahme nicht zu erblicken.“

Technisches.

Verfahren zur Herstellung von Holzrahmen (Patent Wöb & Hönning in Fürth). Holzrahmen für Spiegel, Bilder oder dergleichen wurden bisher in der Weise hergestellt, daß die profilirten Leisten auf der Rückseite (der ganzen Länge nach) mit einer zur Aufnahme der Spiegel oder Glasplatte bestimmten Längsnuth versehen, sodann in Stücke zerschnitten und durch Zusammenlegen der letzteren in Rahmen verwandelt werden. Der Umstand, daß die oben erwähnte Längsnuth, welche den fertigen Rahmen auf der Innenseite begrenzt, vor dem Zerschnitten an der Leiste angebracht wird, bedingt hierbei, daß letztere so zerschnitten werden muß, daß die kurzen Seiten aller Stücke nach einer Seite gerichtet sind. Es fällt infolgedessen zwischen je zwei benachbarten Stücken ein dreieckiger Winkel ab, der bei der Rahmenfabrikation keine Verwendung finden kann, und der durch diese Stücke gebildete Abfall stellt daher bei der Massenfabrikation von Rahmen einen ganz bedeutenden Verlust dar. Die vorliegende Erfindung bezweckt nun, diesen Verlust zu vermeiden und die verwendeten Leisten ohne Abfall für die Herstellung der Rahmen nutzbar zu machen. Dieser Zweck wird durch das nachstehend beschriebene Verfahren erreicht: Die Leisten werden zerschnitten, bevor dieselben mit der Nuth versehen sind. Das Zerschnitten erfolgt so, daß je zwei aufeinanderliegende Stücke durch einen schrägen Schnitt getrennt werden, der abwechselnd von links nach rechts und umgekehrt geführt wird. Die Bildung der Abfallstücke ist hierdurch vermieden, andererseits aber sind die erzeugten Rahmentheile mit der kurzen Seite theilweise nach innen, theilweise nach außen gerichtet. Da nun in fast allen Fällen das Profil der Leiste nicht symmetrisch zur Mittelachse gebildet ist, so kann man die Stücke nicht in üblicher Weise, d. h. in der Reihenfolge, in welcher sie abfallen, zusammenlegen. Es würde nämlich das Profil in verschiedenen Anordnungen erscheinen und z. B. die Höheleiste bei einem Stücke auf der äußeren, beim nächsten Stück auf der inneren Seite des Rahmens liegen. Um diese zu vermeiden, erfolgt im Zusammenhange mit der oben geschilderten neuen Schnittmethode die Herstellung der Rahmen in der Weise, daß die einzelnen Stücke erst nach dem Abschneiden mit der Nuth, welche sich ja immer auf der kurzen Seite der trapezförmigen Stücke befinden muß, versehen werden. Die so gebildeten Theile werden dann in der Weise zusammengelegt, daß man aus einer Leistengattung zwei verschiedene Rahmenformen herstellt. In diesem Verfaß wird das erste, dritte, fünfte u. s. w. Stück zu einem Rahmen, die dazwischen liegenden Stücke (das zweite, vierte, sechste u. s. w.) hingegen zu einem Rahmen, welcher das gleiche Profil, aber in umgekehrter Anordnung aufweist.

Der Urwald im Böhmerwald.

I.

Zwischen Böhmen und Bayern die natürliche Grenze bildend, zieht sich an die 30 Meilen lang das dunkle Waldgebirge hin, von den alten Römern und Goten als Gabreta silva zu den Silvas Hercynias (Harzwald) gerechnet. Vom Fichtelgebirge gegen Südost steigt der Gebirgswald immer höher, bis 4500' hoch, an. Vom Blödenstein fällt das Gebirge sanft ab bei Friedberg.

Der nördliche Gebirgszug liegt den Bobertem Varienob und Franzenthad nahe; man sieht die Befestigung des Fiedbert. Hier ist noch bis in unsere Tage ein Stück von dem ehemaligen Deutschland (vor 1866) erhalten, wie es Tacitus schildert, als ein Land „silvia horrida aut paludibus toeda“.

Alles ist Wald und Moor und Fels, kaum da und dort eine armeilige Holzhandlung oder ein einzelnes stehendes Fortkann.

Wer denkt bei dem Wort „Urwald“ nicht weit hinaus, nach Brasilien oder an die Ufer des Orinoko. Alles lebendes in Amerika- oder Papageienfarben gefleckt, nach den Schilderungen der dort Artisten.

Unter deutscher Urwald ist im rauheren Norden Harzkiefern- und Tannenwald. Als sich der Fortkannverfall verjüngt hatte, da redete der Fortkannverfall von Winterberg die Fortkannverfall also an: „Kleine Herren, Sie bewahren eine Orgera, die Herrn Berg und Thal umfassende Fortka sch

ausbreiten, unberührt von des Menschen Hand, Urbildungen, wildschön, großartig, stannenerregend, ehrfurchtgebietend, worin die Natur, seit langen Jahrhunderten ungestört waltend, die riesenhaften Holzriesen bildet und wieder zerstört, dort dieser, hier jener Holzart besonderen Standpunkt anweist, dort wieder mehrere Spezies harmonisch zusammenstellt, immer und überall aber die individuell schwebende Generation durch frisches, auf wuchernden Leiden keimendes Leben ersetzt.“

Es sind dies Urwälder, wie wir sie nennen, „ein aufgeschlagenes Buch der Natur, lehrreich für Jedermann!“ Damals hat vielleicht mancher Forstmann an Kubany, bei Zuzet, am Blödenstein zum ersten Mal gesehen, was ein uralter Wald ist, und was dagegen unsere heutigen Baumpflanzungen.

Nur ward der erste große Eindruck einer Landschaft des Böhmerwaldes, mit ihren riesigen Urwaldstämmen beginnend, an einem schönen Natabend von Unterwalden aus zur Schloßruine Wittinghausen hinaufsteigend, zu jenem „lustblauen Würfel über dunklem Waldesrüden“, dem klassischem Punkt auf Adalbert Stifter's „Hochwald“.

Der Weg führt zuerst über weite Moorgründe, durch welche die Wälder in unzähligen Krümmungen tragen sich schlängelnd. Man muß gut Obacht geben, daß man nicht zu weit hinaustritt über den gangbaren Pfad und verläßt in den „geriffenen Gränden, aus nichts bestehend, als aus tief schwarzer Pflanzenerde, dem dunklen Todtenbette tausendjähriger Vegetation.“

Rechts die Waldmassen der Hochfläche, Blödensteins, Dreifesselbergers, links das St. Thomasgebirge mit der Ruine Wittinghausen, dazwischen der Paß, der von Böhmen nach Böhmen führt, über den hinweg der merkwürdige Schwarzenberg'sche Schwimmlana die Wälder mit der Donau verbindet.

Wald ist man im Wald. Wie genöß ich einen Waldspaziergang so voll. Es war die Ruhe der Luft nach einem Gewitter, alle Bäume dufteten so aromatisch. Ueberall kräftiger Harzduft und eine Stille von allem menschlichen Treiben, nur das Klauschen frischer über Kiesel dahin springender Wälder hörte man, den einstündigen Rhythmus des Reihbocks oder das schrille Gezirp einer vorüberfliegenden Waldschnepfe.

Der mich begleitende Förster hatte sein Gewehr in einem Ru abgeseuert. Lange rollte der Schuß mit seinem Fall und Widerhall, die Bäume entlang, an den Bergwänden, zudem lag der seltene Vogel im Graze.

Wir waren im „Brandwald“, ein Hochwald von schwarzgrünen Fichten und Tannen, gemischt mit den hellgrünen, flammenden Buchen und Ahorn. Aber wie erklaute ich, als mein guter Jägermann mich vor den Niesenstumpf einer Ebeltanne führte, mir den dahin gestreckten Stamm zeigte, und dabei nahm er andächtig seinen Hut ab.

Ja, den Hut nahmen wir ab. Hier stand ein Baum, einft mit seinen Ästen und Zweigen ein ganzer Wald im Walde, mit seiner Krone ein Wald über dem Walde! Der Sturmwind hatte den 500jährigen Niesen entwirzelt und hingeworfen. Schnuggler haben den hohlen Stamm angezündet, aber selbst jetzt noch flackten die verkohlten Reste ehrfurchtgebietend in die Höhe. Ich maß den Durchmesser in Brusthöhe zu 9 1/2 Fuß, den Umfang 30 Fuß. Dann erkletterte ich den liegenden Stamm, ging darüber hin und zählte 72 Schritte. Aber die Krone fehlte noch, sie mochte schon früher vom Winde abgeriffen worden sein.

Rechnet man diese und den stehenden Stumpf dazu, je fünf meiner Schritte zu zwei Klafter, so erhält man eine Gesamthöhe von 200 Fuß, fast die halbe Höhe des ehrwürdigen Stephansturms in Wien! Das glaubt freilich nur, wer es selbst gesehen. Es ist wohl die größte in Deutschland bekannte Tanne.

Dieser Stamm wird zu 30 Klaffern 30zölligen Brennholzes geschält. Es vermohrt, weil keine Säge lang genug ist, dem Niesen den Leib zu zerschneiden. Rings um den todten Baumstumpf stehen nun aber noch eine Menge ebenerdiger Schwelern in frischem Grün. Des anderen Tages maß ich unweit davon im „Schloßwald“ einen Umfang von 20' 6" in Brusthöhe, und der begleitende Förster gab mir die gemessene Höhe des noch stehenden Stammes zu 168 Fuß an. Dazu die Krone, die abgeriffen an einer Stelle, wo der Stamm noch 16' Durchmesser hat. Der Urwald ist hier der Kultur gewichen, umso mehr fallen aber die riesenhafte Dimensionen der uralten Stämme, den gewöhnlichen Hochwaldstämmen gegenüber, in die Augen. Alle diese Gebirge enthalten noch große Urwaldbestände, und keineswegs bloß auf den unzugänglichen hohen Gipfeln der Gebirgsrüden, sondern bis weit herab in die Thalgründe.

Aber ich muß das, was ich auf den langen Wanderungen gesehen, in ein Bild zusammen fassen. Die Urwälder sind sich hier überall ziemlich gleich. Wälder an den Hängen der Berge, wenn zu dem Gewirr der Vegetation noch die umherliegenden Felsmassen sich gesellen. Die Waldbäche schäumen über Baum- und Felsströmer hinweg. Ueppiger in Thalgründen oder auch niedrigeren Plateaus, am Äußeren zwischen 2000-3000' Meereshöhe, wo neben der Fichte auch die Tanne und Buche noch gedeihen. Daher ist die Landschaft im südlichen Zentrum der Raaber, Stubenbach, wo auf dem Hochplateau von 4000' nur noch die Fichte übrig bleibt, bis an den Hochgipfeln auch diese verichwindet und nur Holzkräuter, Knieheiser und Moos die nackten Felsen bedeckt.

Schon von einiger Entfernung kann man den Urwald an seinen zackigen, unregelmäßigen Umriffen leicht von dem wie nach der Natur gleichmäßig abgeschliffenen kultivierten Hochwald unterscheiden.

Besondersragt die höhere Tanne mit ihrer kuppelförmigen Krone und ihren wagerecht abgehenden Ästen weit über die niedrigen pyramidenförmigen Gipfel der Fichte heraus, wie ein Wald über dem Wald.

Endlich ist man eingetreten in den Wald, man muß vorsichtig vorwärts schreiten, weil man nicht über die durch die Fruchtigkeit gelährten Wurzel abgleiten und in den moorigen Boden einstufen. Wenn draußen die Sonne brannte, so schließt man nun tief Athem in der erquickenden kühlen Waldluft. Es kommt einem vor wie die kühlen ersten Hallen eines grünen gotischen Doms — nicht anders ist der Eindruck; denn weithin in die Höhe strebend, stehen die schlanken Säulen des Waldes da. Das Auge folgt dem mächtigen Stamm von unten nach oben, die gewaltigen Äste verichlagen sich zu einem dunkelgrünen Gewölbe, durch das die Luft des Himmels in das Waldhohl hereinströmt.

Lebenslustig und heiter erragt das herrliche Aussehen des grüngrünen Baues mit ihren kühlerförmigen, im rechten Winkel abgehenden Laubzweigen. Idealer aber ruhm bei der Betrachtung

